

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Greindorfer, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Preiszelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanfragen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Die Tarifverträge im Holzgewerbe.

II.

Der Vorstand unseres Verbandes hat bereits im Jahre 1909 im Einverständnis mit den Vertretern des christlichen und Hirsch-Dunderschen Verbandes den Entwurf eines sogenannten Mustervertrages ausgearbeitet und den Verwaltungen der bei der damaligen Vertragsbewegung in Frage kommenden Orte zum eventuellen Gebrauch zur Verfügung gestellt. Es muß aber gesagt werden, daß damit nicht viel erreicht wurde. Die Ortsparteien arbeiteten größtenteils nach ihrem „alten Stiefel“ weiter. Erst im folgenden Jahre (Herbst 1910) kam die Angelegenheit wieder ins Rollen, indem die Zentralvorstände bei der Beratung über die Art der zu führenden Verhandlungen für die bevorstehende Vertragsserie auch wieder auf die Frage möglichst einheitlicher Vertragsbestimmungen zu sprechen kamen. Da man sich insoweit einig war, daß eine einheitliche Vertragsvorlage sehr wohl im beiderseitigen Interesse liege, wurde der Beschluß gefaßt, an die Ausarbeitung einer solchen heranzugehen. Das Resultat ist bekannt, indem der später von der zentralen Schiedskommission beschlossene Mustervertrag in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht und bei den späteren Vertragsverhandlungen als Unterlage benutzt wurde.

Allerdings ist dann wieder ein lebhaftes Kesseltreiben gegen diesen Mustervertrag in den Kreisen des Arbeiterschutzbundes inszeniert worden und dessen Generalversammlung im Jahre 1911 beschloß, den Mustervertrag als „endgültig beseitigt“ anzusehen. Es ist eben außerordentlich schwer, mit einem Vertragspartner, wie es der Arbeiterschutzbund nun einmal ist, nennenswerte positive Arbeit zu leisten, es geht dabei wie bei der Scherzschere: „Zwei Schritte vorwärts und einen zurück!“ Doch das muß der Schutzbund mit sich selber abmachen, er muß wissen, ob er sich die Mitarbeit an der Lösung einer so wichtigen Frage zutrauen darf oder nicht. Aber für uns ist durch die Beschlüsse des Schutzbundes nicht ohne weiteres alles hinfällig, was in ernster Arbeit der vergangenen Jahre geleistet worden ist. Wir können nur abermals konstatieren, daß die heutigen Unternehmerorganisationen in der Hauptsache nur dann aktionsfähig erscheinen, wenn sie ihre haßerfüllten Scharfmacherpläne gegenüber der Arbeiterbewegung zu betätigen sich ansetzen, im übrigen aber zur Lösung sozialer Probleme unserer Zeit unfähig sind und solche „Kleinigkeiten“ den Organisationen der Arbeiter allein zufallen.

Für den objektiven Beurteiler boten die seinerzeit vereinbarten Bestimmungen der Vertragsvorlage nach keiner Seite hin einen Anlaß zu solch abfälliger Kritik, wie sie sich nach Bekanntwerden derselben aus den Kreisen der Arbeitgeber bemerkbar machte. Man muß dabei allerdings bedenken, daß ein solches Werk niemals beide Parteien zugleich voll befriedigen kann, weil es seine Existenz eben von vornherein einem Kompromiß verdankt und nur als solches denkbar ist. Es sind ja auch aus den Reihen der Arbeiter Angriffe genug gegen die Vorlage erhoben worden, denn naturgemäß enthielt diese in mehreren Einzelheiten Verschärfungen gegenüber dem bestehenden Zustand, aber diese Angriffe gingen doch nicht so weit, die ganze Arbeit an sich zu verwerfen. Dieses „Verdienst“ gebührt allein dem Schutzbund und in erster Reihe dessen Unterband Kiel, welcher als erster die Hecke dagegen inszenierte. Wesen diese „Sachverständigen“ in ihrer blinden Wut fähig sind, erhellt aus dem Schriftstück, das sie damals gegen die Beschlüsse der zentralen Schiedskommission losließen und in dem es unter anderem heißt:

„Als die Ortsverwaltung des Arbeiterschutzbundes in Kiel zuerst in der „Holzarbeiter-Zeitung“ den Mustervertrag abgedruckt fand, da konnte sie nicht anders glauben, als daß es sich lediglich um ein von der Arbeiterorganisation allein aufgestelltes Muster handle. Denn durch sämtliche Abschnitte dieses Vertragsmusters zieht sich nämlich der bekannte sozialdemokratisch-gewerkschaftliche terroristische Geist hindurch. In diesem Vertragsmuster finden sich viele von den Zukunftsplänen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, welche von diesen schon seit langen Jahren erzieht werden. Sah für Sach läßt erkennen, daß die Urheber dieses Vertragsmusters darauf bedacht gewesen sind, alles irgendwie Mögliche für die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zum Schaden der Arbeitgeber herauszufolgen.“

Man kann sich beim Lesen solchen Ergusses des Eindrucks nicht erwehren, daß sich dessen Urheber von mehr Boswilligkeit als Sachkenntnis bei der Auf-

fassung desselben haben leiten lassen. Mit solchen Fanatikern ist eben nicht zu diskutieren. Nichtsdestoweniger wollen wir versuchen, die Einzelheiten der seinerzeit unter Mitwirkung des Schutzbundes beschlossenen Vertragsbestimmungen etwas näher unter die Lupe zu nehmen, um letzten Endes zu Ruh und Frommen des Gesamtgewerbes den zukünftigen Auseinandersetzungen die Wege zu ebnen. Dabei handelt es sich für uns nicht darum, der von dem Arbeiterschutzbund „endgültig beseitigten“ Vertragsvorlage das Wort zu reden, sondern vielmehr unseren eigenen Standpunkt zu der Gestaltung des ganzen Vertragsverhältnisses im Holzgewerbe an der Hand der einzelnen Bestimmungen der genannten Vertragsvorlage zu präzisieren.

Wir dürfen dabei nicht verschweigen, daß nach unserer Ueberzeugung auch die Arbeiter nicht überall mit dem nötigen Ernst an die Gestaltung der Verträge herangetreten sind. Es ist nicht immer Zufall gewesen, daß die sogenannte „freie Vereinbarung“ gewählt wurde; in den meisten Fällen geschah dies aus dem Grunde, weil sich auch die Arbeiter über wirklich praktische und durchführbare Vorschläge im Unklaren waren. In diese Rubrik gehört wieder in erster Reihe die Frage der Einteilung der Arbeitszeit, die nur ganz selten im Vertrage festumschrieben worden ist. Desgleichen fehlt die freie Vereinbarung bei den Montageschlägen recht häufig wieder, wie auch viele andere Punkte, die durchaus wichtig sind und dringend der vertraglichen Regelung bedürfen, bisher recht stiefmütterlich behandelt wurden.

Nun hört man sehr häufig ausrufen: Die Tarifverträge stecken noch in den Kinderschuhen, es muß für beide Parteien als Pflicht gelten, diese weiter zu entwickeln und die Verträge mit der Zeit zu wirklich brauchbaren Instrumenten zu gestalten, damit die Interessen beider Teile, der Arbeitgeber sowohl, als auch der Arbeiter, unter ihrer Herrschaft gesichert und gewahrt werden können. Insbesondere muß mehr Sorgfalt auf die pünktliche Durchführung und Einhaltung der Verträge gelegt werden! Das ist gewiß sehr schön gesagt, und mit dem nötigen guten Willen auf beiden Seiten ließe sich zweifellos auch heute schon vieles vermeiden, was des mangelhaften Inhalts der Verträge wegen mitunter zu unliebsamen Zusammenstößen führt. Da nun aber das Klagebild von dem „bösen Willen“ vorläufig noch nicht so leicht verstummen dürfte, muß die Sache eben an dem anderen Ende angefaßt werden, und zwar heißt es dahin zu wirken, daß die Vertragsbestimmungen selbst möglichst klar und unzweideutig gefaßt und die Begriffe über die beabsichtigte Wirkung und den Geist der einzelnen Vertragsbestimmungen in beiden Lagern möglichst geklärt und einander näher gebracht werden. Mit dieser vielleicht weniger dankbaren als notwendigen Aufgabe wollen wir für unser Teil den Anfang machen.

\* \* \*

### Die vertraglich bindenden Parteien.

Ein Tarifvertrag kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn sein Inhalt allgemein von beiden Seiten respektiert wird. Beide Vertragskontrahenten müssen die Fähigkeit besitzen, für die Durchführung und dauernde Einhaltung der Vertragsbestimmungen einzustehen zu können, und dazu gehört noch etwas mehr als der bloße gute Wille. Wir können bereits eine beträchtliche Anzahl von Fällen anführen, wo der abgeschlossene Tarifvertrag lediglich auf dem Papier stand.

Der Arbeiterschutzbund will nicht zugeben, daß neben ihm auch noch die Innungen als Vertragskontrahenten mit aufzählen, denn in diesem Falle kann er den Vertrag nicht mehr agitatorisch ausnutzen. Ist die Innung Vertragspartei neben dem Schutzbund, dann muß der vertragliche Schutz auch solchen Arbeitgebern gewährt werden, die dem Schutzbund nicht angehören, und damit fällt das agitatorische Zugmittel für letzteren fort. Und so wie der Schutzbund stellen sich auch die übrigen Arbeiterschutzbündnisse zu dieser Frage. Als im Jahre 1909 in Rheinland-Westfalen der Arbeiterschutzbund für das Bau- und Holzgewerbe das Geißel noch allein in der Hand zu haben glaubte, wurden unsere Verträge größtenteils nur mit diesem abgeschlossen, die Innungen hielten sich abseits. Dafür konnten wir später die Feststellung machen, daß mehrere Verträge gar nicht allmählich durchgeführt wurden und in diesem Jahre wieder von vorn angefangen werden mußte. Inzwischen hat sich nun der Rheinisch-westfälische Tischler-Innungsverband kräftig geregt und beanpruchte demzufolge bei den diesjährigen Verhandlungen die maßgebende Führung. In gleicher Weise rivalisieren die

Arbeitgebervereinigungen auch in sonstigen Orten miteinander und versuchen, sich gegenseitig bei den Verhandlungen das Wasser abzugraben. Welchen Einfluß das auf die Durchführung des Vertrages hat und ob dieser dabei nicht gar völlig in Frage gestellt wird, wird als Nebensache betrachtet.

Wir dagegen haben den Standpunkt zu vertreten, daß auf jeden Fall diese Frage von dem Gesichtspunkte aus entschieden wird, wie der Vertrag am besten und sichersten allgemein durchgeführt werden kann. Ist hierzu die Mitwirkung mehrerer vorhandener Arbeitgeberorganisationen erforderlich, dann haben wir auch ein Interesse daran, daß diese als Vertragspartei mit herangezogen resp. zugelassen werden. Voraussetzung hierbei muß aber sein, daß sich alle Organisationen, die sich als Vertragspartei beteiligen wollen, auch vorbehaltlos auf den Boden des Vertrages zu stellen haben.

Unter den gleichen Voraussetzungen muß auch auf Arbeiterseite verfahren werden. Es ist längst Grundgesetz geworden gegenüber dem christlichen und Hirsch-Dunderschen Verband, daß an allen Orten, wo Mitglieder der einzelnen Verbände in den Vertragsbetrieben in nennenswerter Zahl in Frage kommen, diese Verbände auch zum Vertragsabschluß mit zugelassen werden. Wenn dieser Grundsatz allgemein befolgt wird und weitergehende Ansprüche unterbleiben, läßt sich wohl ein gemeinsames Arbeiten ermöglichen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Der Sommer bringt regelmäßig in einzelnen Industriezweigen ein Abflauen des Beschäftigungsgrades, doch werden die dadurch freierwerdenden Arbeitskräfte zum Teil wieder durch den erhöhten Bedarf der Landwirtschaft aufgefangen. Die Aussichten auf eine besonders ertragreiche Ernte mühten an sich diesen natürlichen Ausgleich in diesem Jahre besonders begünstigen, doch wird jetzt in erhöhtem Maße über die Heranziehung ausländischer Erntearbeiter geklagt. Neuerdings kommt aus Thüringen der Ruf, daß Fremde massenhaft in der Landwirtschaft Beschäftigung finden, während Einheimische vergeblich danach suchen. Das Geschrei der Agrarier nach dem „Schutz der nationalen Arbeit“ wird durch dieses Verhalten besonders grell beleuchtet.

Der Arbeitsmarkt weist immer noch keine wesentliche Erleichterung auf. Zwar ist die Zahl der Arbeitsangebote auf 100 offene Stellen von 139,42 Arbeitsuchenden im Durchschnitt im Monat Mai 1912 auf 135,24 im Juni 1912 gesunken. Das Angebot war aber damit immer noch stärker als im Juni des Vorjahres, wo es nur 131,31 betrug. Besonders ist die Bautätigkeit jetzt weiter abgeflaut. Auch die Metall- und Maschinenindustrie und die Textilwarenherstellung wiesen im Juni-matten Geschäftsgang auf.

Unsere Anregung, die Abwanderung aus den Gebieten mit einem Ueberangebot planmäßig in Angriff zu nehmen, hat in der Presse mehrfach Beachtung gefunden, doch wird besonders betont, daß Voraussetzung einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik eine schnelle und zuverlässige Berichterstattung über Angebot und Nachfrage in den einzelnen Landesteilen sein müsse. Ein Muster hierfür seien die Kurzzettel der Börse mit ihrer täglichen Berichterstattung, während im Arbeitsmarkt Gesamtüberichten heute nur monatlich und auch dann nur recht nachträglich erhältlich sind. Zweifellos lohnt dieser Frage große Bedeutung inne und sollte ihre Betonung zum mindesten zunächst unserer eigenen monatlichen Arbeitslosenstatistik zu einer recht pünktlichen Berichterstattung verhelfen.

Von den Tatsachen, die zur Beurteilung der Konjunktur dienen, lassen die Ziffern der Ein- und Ausfuhr auf eine günstige Entwicklung schließen. Die Wareneinfuhr betrug im Juni 1912 mit 80 605 391 Doppelzentner um ein geringes weniger als im selben Monat des Vorjahres, die Ausfuhr dagegen stieg gegenüber dem Juni 1911 um über 2 Millionen Doppelzentner auf 46 138 519 Doppelzentner. Im ersten Halbjahr 1912 stieg die gesamte Einfuhr gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,4 Proz., die Ausfuhr dagegen um 5,2 Proz.

Im Eisenbahnbetrieb weisen zwar die Einnahmen aus dem Personenverkehr im Juni mit 1352 Mark pro Kilometer Strecke gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 118 M. auf, doch brachte der Güterverkehr eine Steigerung von 2690 M. auf 2918 M. Die Entwicklung deutet also hier auf eine Teilung des Gewinnes. Die Differenz im Personenverkehr dürfte lediglich daher kommen, daß 1912 der Pfingstferienverkehr in den Monat Mai, im Vorjahre dagegen in den Juni fiel.

Auf dem Geldmarkte hielt die Nachfrage nach Kapitalien an und selbst die Herabsetzung des Wechselzinsfußes der Reichsbank um ½ Proz., die Mitte Juni erfolgte, konnte die Geldknappheit nicht dauernd aufhalten. Billiges Geld ist aber für die Unternehmungskluft von hoher Bedeutung.

Die Preise der Nahrungsmittel sind bereits wieder im Aufstiege begriffen. Nach den Preisberichten



von 190 deutschen Städten wurde für den Juni 1912 der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie auf 25,85 Mk. gegen 25,52 Mk. im Mai 1912 berechnet. Gegenüber dem Monat Juni 1911 beträgt die Steigerung 1,88 Mk.

Im Holzgewerbe brachte der Monat Juni eine geringe Entlastung des Arbeitsmarktes. Das Angebot von 148,4 Arbeitskräften auf je 100 offene Stellen ist das niedrigste, das in diesem Jahre erreicht worden ist, bleibt aber trotzdem noch um rund 10 höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Umstand, daß diese Besserung gegenüber dem Vormonat eingetreten ist, trotzdem auch die Nachfrage nach Arbeitskräften der Zahl nach etwas zurückging, daß die bessere Beschäftigung stabilere Arbeitsverhältnisse herbeigeführt hat, also auch weniger Entlassungen vorstamen. Die zwar geringe Besserung kommt auch in den bereits früher veröffentlichten Zahlen unserer Verbandsarbeitslosenstatistik zum Ausdruck, die als arbeitslos am letzten Tage des Juni 2,61 Proz. der Verbandsmitglieder gegen 2,86 Proz. am 31. Mai 1912 angibt. Der Juli hat nach der in dieser Nummer veröffentlichten Statistik eine weitere Besserung der Arbeitslosenziffer auf 2,04 Proz. gebracht.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage gestaltete sich im Juni in den einzelnen Landesanteilen recht unterschiedlich. In den Gebieten östlich der Elbe ist das Angebot durchweg zurückgegangen. Pommern weist mit 76,92 Arbeitsuchenden (gegen 128,57 im Mai) auf 100 offene Stellen die niedrigste Ziffer auf, Posen folgt mit 86,42 und Schlesien mit 94,20, Brandenburg mit Berlin hat sich von 248,25 auf 144,63 gebessert, wobei allerdings in der Hauptsache nur die Provinzorte gewonnen haben. Niedrig ist auch der Andrang in Ost- und Westpreußen geworden mit 110,20 Arbeitsuchenden gegen 166,67 im Mai. Demgegenüber besteht aber ein immer noch starkes Angebot in Hamburg mit 197,01, Lübeck mit 256,31, Sachsen mit 227,52 Arbeitsuchenden auf 100 Stellen, Schleswig-Holstein ist sogar auf 253,57 emporgeschritten. Dagegen hat Württemberg mit 80,58 seinen meist niedrigen Stand behauptet.

Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt, weisen im Reichsdurchschnitt die Tischler 148,53 Arbeitsuchende auf 100 Stellen auf (im Mai 170,29), die Drechsler 165,75 (208,71), Kürschner-, Kamm- und Korbmacher 145,54 (189,81). Die letzten Berufsarten haben dabei nachgeholt, was sie im Vormonat zurückgelassen waren.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz, die im Sommer regelmäßig steigt, hat im Juni einen kleinen Rückgang gegen den gleichen Monat des Vorjahres erfahren. Sie betrug nur 5876 554 Doppelzentner, doch übersteigt die Einfuhr des ersten halben Jahres mit 23 330 914 Doppelzentnern trotzdem bereits den Stand des Vorjahres. Eine besonders starke Zunahme weist Eichenholz in der Einfuhr auf, während Nadelholz zurückging.

Für die Aussichten des Arbeitsmarktes gibt die Ausfuhr an Holzwaren ein besseres Urteil als die stark von anderen Umständen beeinflussten Einfuhrziffern und zeigt sich hier ersichtlicherweise ein lebhafter Aufschwung. Von 54 814 Doppelzentnern im Werte von 4686 Millionen Mark im Juni 1911 hat sich die Ausfuhr an deutschen Holzwaren auf 75 712 Doppelzentner im Werte von 5985 Millionen Mark im Juni 1912 gehoben.

Günstig entwickelte sich die Ausfuhr an Weisen, Pinseln und Siebwaren, die in der Gewichtsmenge gegen 1911 eine Steigerung um fast 20 Proz. aufweist. Diese Artikel erreichten im Juni 1912 zusammen 244 Doppelzentner im Werte von 1018 Millionen Mark. Von den Musikinstrumenten erzielten Klaviere mit 93 000 und Streichinstrumente mit 2126 Doppelzentnern eine erhöhte Ausfuhr, Klaviaturen dagegen gingen von 12 559 im Juni 1911 auf jetzt 8366 zurück. Eine besonders starke Steigerung ist dann bei der Ausfuhr von Furnieren, Paneelen und Partettböden zu verzeichnen, die 1911 im Juni nur 9657, jetzt dagegen 25 936 Doppelzentner betragen. Zurückgegangen ist die Ausfuhr in Holzspunden, Stützen und Stöcken sowie in Spulen und Spindeln.

Der Zufluß neuen Betriebskapitals war im Juni ein recht geringer, indem er nur 400 000 Mk. erreichte, während der Vergleichsmonat des Vorjahres 1,3 Millionen Mark auswies. Der Beitrag des Monats Juni 1912 entfällt fast ausschließlich auf Neugründungen. Als solche sind zu nennen:

Gustav Hobzaed G. m. b. H. in Neuwied. Gegenstand des Unternehmens ist der Weiterbetrieb der Kunterfabrik Gustav Hobzaed in Neuwied. Geschäftsführer ist Gustav Hobzaed in Neuwied. Stammkapital beträgt 80 000 Mk. — Niederjaidaer Holzwarenfabrik G. m. b. H. in Niederjaida. Fortbetrieb und Erweiterung der Geschäftsbetriebe handlungsgemäß nicht eingetragenen Firma Niederjaidaer Holzwarenfabrik E. Beer. Geschäftsführer sind Rentner Ernst Traugott Beer und Kaufmann Carl Erich Günther in Parken. Stammkapital 50 000 Mk. — Holzindustrie Kömmlingen G. m. b. H. in Kömmlingen. Herstellung und Vertrieb von Sägen und Sägen aller Art sowie aller in die Holzindustrie einschlagenden Artikel. Geschäftsführer sind die Kaufleute August Wehmann in Kömmlingen und Hans Trautner in Hildesheim a. N. Stammkapital 40 000 Mk. — Hönnefelder Möbelfabrik G. m. b. H. in Hönnefeld. Herstellung und Verkauf von Möbeln aller Art, insbesondere von Schlafzimmereinrichtungen. Geschäftsführer sind die Kaufleute Emanuel Henden und Ray Goldreich in Hönnefeld. Stammkapital 40 000 Mk. — Dettinger Holz- und Feinleinwandfabrik G. m. b. H. in Dettlingen a. N. Erwerb und Fortbetrieb der feineren Holzwaren- und Feinleinwandfabrik. Geschäftsführer ist Kaufmann Franz Hübner in Dettlingen. Stammkapital 40 000 Mk. — Hiesler Tischindustrie G. m. b. H. in Hiesler. Fortbetrieb der nicht eingetragenen Firma Tischindustrie Hiesler u. Co. Herstellung von Möbeln aller Art. Geschäftsführer ist Kaufmann Fritz Baumgärtner in Hiesler. Stammkapital 20 000 Mk. — Hermann Bonneberger G. m. b. H. in Berlin. Herstellung und Verkauf von Möbeln, insbesondere der Fortbetrieb des zu Berlin, Kommodorenstr. 61, unter der nicht landesgerichtlich eingetragenen Firma Hermann Bonneberger bestehenden Holzwaren- und Möbelgeschäftes. Geschäftsführer sind August

meister Hermann Bonneberger, Tischlermeister Reinhold Bonneberger und Kaufmann Willy Thomeyer in Berlin. Stammkapital 25 000 Mk. — Zwiagel & Co. in Berlin. Herstellung sowie An- und Verkauf von Möbeln und sonstigen Tischlererzeugnissen. Geschäftsführer sind Kaufmann Jan Blucinski und Kaufmann Stanislaw Blucinski in Berlin. Stammkapital 20 000 Mk. — Bau- und Kunsttischlererei A. Weise G. m. b. H. in Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist die Ausführung von Bau- und Kunsttischlerarbeiten. Geschäftsführer ist Tischlermeister Albert Weise in Berlin. Stammkapital 20 000 Mk.

Von den Aktiengesellschaften, die im Juni ihre Bilanzen der Öffentlichkeit unterbreiteten, arbeitete S. C. Meyer jr. A.-G. a. N., Garburg a. E., im letzten Geschäftsjahr mit einem verbundenen Kapital von 2 938 000 Mk. Die Firma erzielte im Jahre 1910 einen Gesamtgewinn von 159 978 Mk., im Berichtsjahre einen solchen von 250 838 Mk. Davon wurden 80 000 Mk. zurückgestellt, während den Aktionären 140 000 Mk. ausflossen. Die Dividende stieg seit dem Vorjahr von 6 auf 7 Proz. — Der kunstgewerbliche Betrieb Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk A.-G., Bremen-Hemelingen, ist fundiert auf einem Aktienkapital von 1 760 000 Mk., wozu 235 000 Mk. Hypotheken treten. Die im vorvergangenen Jahr vorgenommenen Abschreibungen betrugen 134 047 Mk., während im letzten Berichtsjahr für den gleichen Zweck 96 481 Mk. aufgewendet wurden. Die Gesellschaft hat in den letzten drei Jahren sehr unrentabel gearbeitet. Das Geschäftsjahr 1911 endete mit einem Verlust von 594 946 Mk. Dividende wurde in den drei letzten Geschäftsjahren nicht ausgeschüttet. — Die Badische Holzwerkzeugfabrik A.-G. vorm. Otto Mainzer u. Cie., Doss in Baden, arbeitete außer mit einem Aktienkapital von 185 000 Mk. mit 68 000 Mk. Hypotheken sowie mit Reserven von 1500 Mk. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres 1910 beliefen sich auf 4459 Mk., die des Jahres 1911 auf 5085 Mk. Im vorletzten Jahr endete die Bilanz positiv mit einem geringen Gewinn von 827 Mk., während das letzte Jahr einen Verlust von 3921 Mk. ergab. — Bei der Industrie für Holzverarbeitung A.-G., Altenessen, bilden 700 000 Mk. Aktien und 250 000 Mk. Hypotheken das verbundene Kapital. Das Unternehmen verzeichnete in der vorletzten Bilanz 26 575 Mk., in der letzten Bilanz 226 252 Mk. Abschreibungen. Nachdem das Geschäftsjahr 1909 günstig abgeschlossen hatte, verliefen die Betriebsjahre 1910 und 1911 unbefriedigend. Am 31. Dezember 1911 standen 448 622 Mk. Verlust zu Buche. Dividende war für 1909 noch 6 Proz. verteilt worden, für die letzten beiden Jahre wurde von der Verteilung abgesehen. — Der kleine Betrieb Eisflether Holzcomp. in Giesfeld, ist auf einem Aktienkapital von 72 000 Mk. fundiert und besitzt außerdem 5000 Mk. Reserven. Das Jahr 1911 endete mit einem Reingewinn von 4498 Mk., wovon 3600 Mk. oder 5 Proz. Dividende verteilt wurden. — Die Wolgaster Holzindustrie A.-G. hat 916 400 Mk. Gesamtaktienkapital. Die Betriebsergebnisse gestalteten sich unbefriedigend. Das Jahr 1910 endete mit einer Unterbilanz von 329 135 Mk., das Minus erhöhte sich im letzten Jahre auf 450 000 Mk. Dividende wurde in den letzten beiden Jahren nicht ausgeschüttet. — Bei der Straßburger Bau- und Möbelschreinerei A.-G., Straßburg, sind neben einem Aktienkapital von 200 000 Mk. 13 000 Mk. Reserven vorhanden. Abschreibungen wurden 1911 in Summa von 11 769 Mk. vorgenommen. Beide Jahre endeten mit Verlust, der sich 1910 auf 31 829 Mk. und 1911 auf 67 890 Mk. belief. — Die Süddeutsche Möbelfabrik A.-G. a. N., Mannheim, arbeitete mit 331 648 Mk. Der Reingewinn stieg von 552 Mk. im Jahre 1910 auf 1965 Mk. für 1911. Im vorletzten Geschäftsjahr kam keine Dividende zur Verteilung. Ob den Aktionären für das letzte Betriebsjahr Gewinnbeteiligung zufließt, war aus der Bilanz nicht ersichtlich. — Die Wickingische Industrie für Holz- und Baubedarf A.-G., Redlinghausen, hat 3 Millionen Mark Aktienkapital, dazu 718 000 Mk. Hypotheken und 98 000 Mk. Reserven und erzielte an Reingewinn 399 530 Mk. Für das Rechnungsjahr wurden 210 000 Mk. oder 7 Proz. Zinsen ausgeschüttet. Der Geschäftsbericht für das letzte Betriebsjahr teilte die Höhe der Dividende nicht mit.

Die Musikinstrumentenfabrik von Matthias Gohner A.-G., Troßingen, erzielte bei 4 115 000 Mk. Betriebskapital einen Gewinnüberschuß von 415 046 Mk. Dividende wurde 1910 in Höhe von 283 500 Mk. oder 9 Proz. verteilt. Die Höhe der letzten Dividende wurde in der Bilanz nicht mitgeteilt. — Die durch den langen Streit berühmte Waggonfabrik Gottfried Lindner A.-G., Ammendorf b. Halle a. S., ist auf einem Gesamtaktienkapital von 2 259 000 Mk. fundiert. Laut Bilanz beliefen sich die Hypothekenzinsen im Jahre 1911/12 auf 27 000 Mk., die Abschreibungen auf 137 755 Mk., der Gewinn auf 126 522 Mk. An Dividende wurden beim letzten Abschluß 80 000 Mk. oder 8 Proz. verteilt gegen 7 Proz. im Vorjahr.

Zeigen einzelne dieser Gesellschaften äußerlich kein besonders günstiges Ergebnis, so haben doch die 41 Aktiengesellschaften aus der Holzindustrie, die im ersten Halbjahr 1912 ihre Bilanzen veröffentlichten, wie im Vorjahr durchschnittlich 8,7 Proz. Dividende abgeworfen. Bei zusammen 63 613 000 Mk. Aktienkapital konnten 5 534 000 Mk. Dividende ausgeschüttet werden.

### Aus den Jahresberichten der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die Jahresberichte der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1911 wahren ihren alten Ruf. Sie geben einen Einblick in den Stand des Wirtschaftslebens im allgemeinen, unterrichten über die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft, widmen ihre Aufmerksamkeit den sozialen Kämpfen und den daraus folgenden Umgestaltungen und geben vor allem ein detailliertes Bild von der Art, wie die in vieler Richtung verbesserungsbedürftigen Arbeiterverhältnisse durchgeföhrt werden. Nur möchte man den Berichten an manchen Stellen etwas mehr Mitteilnahme wünschen. Man merkt es den knappen Sätzen

oft an, daß ihre Verfasser gern noch etwas mehr gesagt hätten. Aber auch die württembergischen Aufsichtsbeamten haben sich bei der Berichterstattung der Zensur einer vorgesehten Behörde zu unterwerfen, die ihrerseits vielleicht etwas mehr Freiheit gewähren würde, wenn nicht die Rücksichtnahme auf den deutschen Vorstaat Preußen wäre. Die württembergische Regierung geht nach ihrem eigenen Geständnis in sozialpolitischen Fragen nicht soweit, als sie gehen würde, wenn sie ganz nach eigenem Ermessen handeln könnte.

Die wirtschaftliche Lage im Berichtsjahre wird im allgemeinen als günstig bezeichnet, aber mehrfach muß auf die fortgesetzte „empfindliche Verticuerung wichtiger Lebensmittel“ hingewiesen werden, die „zu einem wesentlichen Teil zu den Lohnkämpfen und zur Erringung höherer Löhne und Akfordblöhne geführt“ habe. Sollte sich infolge dieser Kämpfe trotz der Verticuerung der Bedarfsartikel die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien „unstreitig gebessert“ haben, wie ein Beamter versichert, so ist das allein der Badsamkeit und dem Einfluß der Gewerkschaften zu danken.

Die Revisionsstätigkeit, in die sich jetzt 17 männliche und 8 weibliche Beamte teilen, zu denen noch ein nebenamtlich tätiges ärztliches Mitglied kommt, scheint sich im großen und ganzen ohne stärkere Reibungen zu vollziehen. Mit Widerständen hatten die weiblichen Beamten noch zu kämpfen, denen renitente Unternehmer in ungehobelter Weise entgegengetreten. Die wiederholte Revision eines Torfwerks durch eine Beamtin nötigte zur Strafanzeige gegen den Akfordanten wegen Beamtenebeldung und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Ein Konfessionär beehrte die kontrollierende Beamtin mit dem Vorwurf der „Berührung“, weil sie einer gegen ungebührliche Ausbeutung und Behandlung sich auflehenden Arbeiterin beistand. Bei der Kontrolle der Kinderbeschäftigungsvorschriften sah sich eine Beamtin sogar genötigt, sich von einem Gendarmen begleiten zu lassen, um wenigstens Auskunft zu bekommen.

Herborgehoben wird das „noch lange nicht zum Stillstand gekommene“ Streben der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit, dem die Beamten Unterstützung angebotenen lassen, wie folgende Bemerkung zeigt: „Um sich länger arbeitsfähig zu erhalten, hat der Arbeiter in dem Maß, in welchem hinsichtlich seiner Leistung größere Ansprüche als früher gestellt werden, kürzere Arbeitszeiten als die bisher üblichen sehr nötig. Es konnte auch die Wahrnehmung gemacht werden, daß in Betrieben mit kürzerer Arbeitszeit die Arbeiter und Arbeiterinnen nach Schluß des täglichen Arbeitstags noch nicht den Eindruck von übermüdeten und interesselosen Menschen machen und wohl auch noch die Gelegenheit zu geistiger Weiterbildung aufsuchen.“ Es wird die Äußerung eines Unternehmers beigefügt, der auf Grund scharfer Beobachtung festgestellt hat, „daß bei ungefähr achtfündiger Arbeitszeit die Höchstleistung eines Durchschnittsarbeiters erreicht ist“. Wenn aber, so sagt ein anderer Beamter, früher Bewegungen nicht selten waren, welche die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine volle Stunde zum Ziel hatten, „so muß neuerdings, insbesondere in den Industriemittelpunkten, mehr und mehr um jede einzelne Wocheneinheit gekämpft werden“. Erhebliche Fortschritte hat die Freigabe des Samstagvormittags gemacht, die von einem der Berichtserstatter sehr empfohlen wird. Aus der hinzugefügten Bemerkung, daß in nahezu allen Fällen die Einführung der Durcharbeitszeit am Samstag eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bedeute, ergibt sich, daß der Beamte sehr wohl weiß, worauf vom Standpunkt des Arbeiters aus der Hauptwert zu legen ist.

Mehrfach findet die Mitwirkung der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter bei der Durchführung des Arbeiterstuhes Anerkennung. Mit Bezug auf die Steinhauereien heißt es zum Beispiel, daß Verkäufe fast nur noch da beobachtet werden, wo bisher die Organisationen sich nicht zur Geltung bringen konnten. Es erklärt sich auch leicht, daß über Gleichgültigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen in Arbeiterstuhfragen nur bei Erwähnung solcher Verufe gesagt wird, in denen die Organisationsverhältnisse noch recht schlechte sind. Die Beamten beobachten daher aufmerksam die Entwicklung der Arbeiterorganisationen und stellen durch Wiedergabe der Zahlen fest, daß die freien Gewerkschaften Württembergs mit ihren 85 645 Mitgliedern im letzten Jahre etwa viermal so stark gewachsen sind, wie alle die Pseudogewerkschaften christlichen, nationalen, Girsch-Dunderschen Kalibers zusammen.

Von der Durchführung des gesetzlichen Zehnstundentags für erwachsene Arbeiterinnen in Fabriken und gleichgestellten Anlagen sind die Beamten befriedigt, wenn sie auch noch über mancherlei Anstände klagen. Nach der Vorarbeit, die die Gewerkschaften dem nachhinkenden gesetzlichen Arbeiterschutze auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung geleistet haben, ist die Anerkennung des Zehnstundentags wahrlich auch kein „unerfüllbares“ Verlangen mehr. Lebhaft wenden sich die Beamten gegen die Ausbeutung jugendlicher Arbeiter auf Grund langfristiger, bindender Scheinlehrverträge, die namentlich in der Pforzheimer Schmudwarenindustrie vorkommen. Prächtig rückt man jetzt in Württemberg der unverantwortlichen Kinderausbeutung zu Leibe, wozu auf Grund ministerieller Verfügungen die Lehrer in distrekter Weise beitragen müssen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die gesetzwidrige Kinderarbeit viel weiter verbreitet ist, als bisher angenommen wurde. Mit Recht bemerken die Beamtinnen, die in der Schule aufzustellenden Verzeichnisse beschäftigter Kinder würden den Lehrern Anhaltspunkte geben für die Ursachen schlecht ge-



### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern** nach Boizenburg (W. Kewede), Bremerhaven, Geestemünde, Lehe, Bremerbörde, Burg bei Magdeburg (Tischfabrik H. G. Wolf, Herrn. Naujoh), Dannenberg an der Elbe, Datteln in Westfalen, Guden in Ostfalen (Möbelschleiererei), Gutzlirichen (Geb. Kofols), Gießen, Wollgau (Raumgart), Großharmanndorf (Verlebach), Groß-Bischachwitz (Hause), Landsberg a. L. (Springs Witwe), Landshut (Frauenknecht), Lauban (Kaltbrenner), Meckingen (Korb- und Kinderwagenfabrik Fr. Kuhn u. Söhne), Meistenhäuser, Schleswig, Sensburg, Spandau (Behring), Stolp in Pommern (Blod), Tangermünde (Maltstedt), Weinheim (Schaab), Wittkau a. S. (Koppermann), Graz, Fünfsbrud, Linz a. Donau, Kesselsdorf (Waggonfabrik).

**Möbelschleierern** nach Düsseldorf-Lierenfeld (Stahlwerk Defing).

**Altmachern** nach Brüssel, Stäfa am Züricher See. **Drechsler** nach Burg bei Magdeburg (Tischfabrik H. G. Wolf), Zirndorf bei Fürth i. V.

**Polierern** nach Burg bei Magdeburg (Tischfabrik H. G. Wolf).

**Parkeettlegern** nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parkeettgeschäfte, Ullhandstraße).

**Ristenmachern** nach Bremen-Hemelingen (Schulze), Langendiebach, Ragnit i. Ostpr.

**Stocharbeitern** nach Sattlerheim, Wald i. Rheinl.

**Korbmachern** nach Dresden-Madebeul (Peter u. Stegmann), Sellstedt (Allermann u. Berndsen), Schiffdorferdam (Müller), der Schweiz.

**Stellmachern** nach Elze (Peters), Paris, Brüssel (Carossierie Pariffenne).

**Vergolbern, Grundierern, Verzieren und Farbigmachern** nach Ober-Hrnsdorf bei Habda in Nordböhmen, Glatzbrugg bei Zürich (Welters).

**Sägereiarbeitern** nach Eumarkt i. Oberpf.

**Schuhleistenarbeitern** nach Eisenach (Vergner).

**Wirstenmachern** nach Dinkelsbühl.

machter Hausaufgaben, für Schläfrigkeit in den Schulstunden, ja selbst für Schulversäumnisse.

Sehr zahlreich sind wieder die mitgeteilten außerordentlich niedrigen Strafen wegen grober Verletzung von Schutzbestimmungen. Diese Strafen werden nur nach vorheriger, manchmal sogar wiederholter Verwarnung verhängt und sind dann doch von lächerlicher Geringsfügigkeit. Bis auf 1 Mk. herunter sinkt das Strafmaß. Für die Strafe von 40 Mk., die dem verantwortlichen Leiter einer Holzwarenfabrik vom Schöffengericht zudiktirt wurde, durfte sich derselbe schon eine Tat leisten, die in unseren Augen ein Verbrechen darstellt. Dieser Mann war schon mehrfach, und zwar durch Berufsgenossenschaft und Gewerbeinspektion, zur Verwahrung der Bodenvorgelege in der Maschinenwerkstätte aufgefordert worden, ohne sich darum irgendwie zu kümmern. Ein langes Holzstück, das ein Arbeiter über eine Arbeitsmaschine führte, stieß gegen die offene Scheibe eines Vorgeleges, schlug zurück und stieß dem Arbeiter zwei Rippen ein. Nach Ansicht des Gerichts: 40 Mk. wegen fahrlässiger Körperverletzung. Ob der Richter mit seinen Schöffen die eigenen Rippen auch nicht höher einschätzt, wenn sie frivolerweise Gefahren ausgesetzt werden?

Damit sind wir bei dem Kapitel der Unfälle angelangt, in dem die Holzindustrie eine hervorragende Stellung einnimmt. Immer noch wiederholt sich, trotz des ständigen Hinweises auf die Gefahren, das Umwerfen und Auflegen von Riemen mit der Hand bei gehender Maschine und das Reinigen noch im Gang befindlicher Maschinenteile. Mehrere schwere Unfälle waren die Folge. „In Holzbearbeitungswerkstätten mußte noch mehrfach der Ersatz der Vierkantmesserwelle an Hobelmaschinen durch Sicherheitsmesserwellen im Weg der Aufsage erzwungen werden.“ In Sägewerken mußte mangelhafte Beschaffenheit und ungewöhnliche Anbringung der Spaltfeile an den Kreisfägen oft gerügt werden. Auch die Rückbarmachung der Kreisfägen mußte noch oft verlangt werden.

Beachtung verdienen die Hinweise auf bewährte Schutzvorrichtungen, von denen einige die Holzindustrie besonders erwähnt sein mögen: „In Holzbearbeitungswerkstätten finden die Wiengschen Ringe (von F. Wieng-Ehlingen) für Präsarbeiter vielfach Verwendung. Diese kreisrunden Ringe sind von verschiedenen Durchmesser, 1-2 Millimeter dick und haben nur Ausparungen für die Spindel und Messer. Wahlweise, je nach der Form der Messer, aufeinandergelegt und eingespammt, bilden sie eine ähnliche Schutzvorrichtung wie die runde Welle an Hobelmaschinen. Namentlich bei Arbeiten, die keinen häufigen Wechsel der Messer erfordern, haben sich die Ringe gut bewährt.“ Als eine beachtenswerte Neuerung wird eine von H. Widinger in Oberkürheim hergestellte Schutzvorrichtung gegen das Herausfliegen von Säemaschinenmessern an Schlipfspindeln und an Kleinbäden bezeichnet.

Die Vorrichtung wird des näheren beschrieben, und es wird bemerkt, daß sie sich an den bisher benutzten Spindeln ohne Schwierigkeiten anbringen lasse. Einige Firmen haben neue Staubabsaugungsanlagen geschaffen, „die kleineren Betrieben halten mit solchen Einrichtungen immer noch der Kosten wegen zuzuziehen.“ In Schreinerereien sind für kombinierte Holzbohrmaschinen neuerdings Apparate aufgefunden, welche durch Windflügel die Späne von der unteren Tischplatte wegblasen und damit einen Nachteil der runden Welle aufheben. Der Bericht meint jedoch: „Die Einrichtung einer nicht wesentlich teureren Staubabsaugungsanlage wäre sicher richtiger, da diese neben technischen Vorteilen auch solche in gesundheitlicher Hinsicht bietet.“ Der Bericht eines anderen Beamten erklärt den Grund der zahlreichen Klagen über mangelhafte Staubbeseitigung darin, „daß die Möglichkeit einer wirksamen Bekämpfung dieser Gefahren durch vorzügliche technische Einrichtungen die berechtigten Ansprüche der Arbeiter auf Schutz ihrer Gesundheit bedeutend gesteigert hat“. Aber dann berichtet derselbe Beamte von mehreren Fällen, in denen er die Anordnung von Schutzvorrichtungen wieder rückgängig machen mußte, weil die Unternehmer den Nachweis erbrachten, daß eine solche Ausgabe über ihre Kräfte gehe. Also müssen die Arbeiter ihre Knochen zu Markte tragen, weil der Unternehmer angeblich die Kosten des notwendigsten Schutzes nicht aufbringen kann!

### Der Berliner Holzarbeiter Kämpfe und Organisation.

Den Delegierten zum letzten Verbandstage wurde von der Berliner Zahlstelle eine kurze Darstellung der Organisationsbestrebungen unter den Berliner Holzarbeitern überreicht. Schon die äußere Ausstattung des hübsch gebundenen Büchleins, welches die Delegierten in ihrer Mappe vorfanden, erregte Aufmerksamkeit, es darf aber auch angenommen werden, daß kein Leser das Werk ohne Befriedigung aus der Hand gelegt hat. Sein Verfasser, Kollege Fritz Larnow, hat mit kurzen scharfen Strichen ein Bild von den Kämpfen und der Organisation der Berliner Holzarbeiter entworfen, und durch die Art der Darstellung hat er es verstanden, diesem Werke Licht und Farbe zu geben. Das Büchlein war zunächst nur als ein Angebinde an die Teilnehmer des Verbandstages gedacht, und deshalb nur in einer beschränkten Auflage hergestellt worden. Es ist aber zu begrüßen, daß nun eine Neuauflage herausgegeben wurde, wodurch es auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht wird.

Berlin ist für die deutschen Holzarbeiter klassischer Boden. Hier fand im Jahre 1868 der Allgemeine deutsche Arbeiterkongress statt, auf welchem auch die „Gewerkschaft der Holzarbeiter“, die erste moderne Organisation der Holzarbeiter, gegründet wurde. Im Jahre 1872 wurde, ebenfalls in Berlin, eine kapitalistische Gegenorganisation, der „Allgemeine Tischler-(Schreiner-)Verein“ ins Leben gerufen. Beide Organisationen haben sich dann im Jahre 1876 auf dem Einigungs-kongress zu Frankfurt a. M. zum „Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen“ verschmolzen, welcher zwei Jahre später dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel.

Die Holzarbeitergewerkschaft hat in Berlin eine besondere Bedeutung nicht erlangt. Als hier gleich nach dem Kriege 1871 ein größerer Streik geführt wurde, bei welchem es sich um die Erringung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit und 25 Proz. Lohnerhöhung handelte, da lag die Leitung in den Händen einer Lohnkommission, welche, um der Bewegung einen organisatorischen Rückhalt zu geben, die „Streich-Casse“ gründete. Diese Organisation blieb bestehen, als der Streik nach neunwöchiger Dauer erfolgreich beendet war, und von ihr ging die Anregung zur Einberufung des „Ersten deutschen Tischlerkongresses“ aus, der zur Gründung des bereits erwähnten „Allgemeinen Tischler-(Schreiner-)Vereins“ führte. Dieser zählte im April 1873 schon 2448 zahlende Mitglieder in Berlin und er führte in diesem Jahre bereits wieder einen erfolgreichen Lohnkampf. Die Einführung einer Arbeitszeit von 8 bis 8 1/2 Stunden und ein Lohnaufschlag von 20 bis 33 1/2 Proz. waren nach der Angabe der Organisationsleitung das Ergebnis dieses Streiks.

Der Verfasser des Buches setzt in die Richtigkeit dieses Berichtes einige Zweifel, die um so begründeter sind, als bis in die neunziger Jahre hinein in vielen Berliner Tischlerwerkstätten eine völlig unregelmäßige Arbeitszeit herrschte. Auch die Errungenschaften hinsichtlich der Löhne gingen beim Eintritt der Krise schnell wieder verloren; eine Lohnstatistik vom Sommer 1877 ergab nur noch einen Durchschnittsverdienst von 12 bis 18 Mk. Die Organisation vermochte die Mitglieder noch nicht dauernd an sich zu fesseln, im Sommer 1874 zählte sie nur noch 1011 Mitglieder und ein Jahr später war sie auf 342 heruntergegangen. Trotzdem inzwischen die Verschmelzung der beiden Organisationen erfolgt war, zählte der Bund der Tischler zu Ende des Jahres 1876 nur noch 100 Mitglieder. Als das Sozialistengesetz den Bund der Tischler vernichtete, war dessen Mitgliedschaft in Berlin schon sehr zusammengeschmolzen. Dazwischen existierte in Berlin noch ein Tischlerverein, der im Jahre 1871 gegründet worden war und als Haupttätigkeit die Krankenunterstützung pflegte. In Anbetracht seiner gewerkschaftlichen Bedeutungslosigkeit blieb er von der Auflösung verschont. Er lebte bis zum Jahre 1886 und konstituierte sich bei Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes als gesetzliche Zuschußkasse. Außerdem existierte noch ein Hirsch-Dunderscher Ortsverein der Tischler, der

es aber weder damals noch später zu einer Bedeutung gebracht hat.

Im Jahre 1880 wurde wieder ein „Fachverein der Tischler“ in Berlin gegründet, der aber recht vorsichtig operierte, und sich offiziell an der in diesem Jahre geführten Lohnbewegung nicht beteiligte. Diese brachte eine zehnprozentige Lohnerhöhung und die zehnstündige Arbeitszeit; ein Beweis, wie gründlich die Errungenschaften des Jahres 1874 verloren gegangen waren.

Im Anschluß an den Streik wurde der „Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler Berlins“ gegründet, der neben dem Fachverein bestand und öfters mit diesem in Fehde lag. Ein Verschmelzungsversuch im Jahre 1881 hatte keinen Erfolg. Auf dem von Karl Klotz nach Mainz einberufenen Kongress im Jahre 1883, auf welchem die Gründung des Verbandes von Vereinen der Tischler beschlossen wurde, ließ sich der Berliner Fachverein wohl vertreten, er trat aber dem neuen Verbande nicht bei. Auch bei dem erfolgreich durchgeführten Streik im Jahre 1884, der die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und einen Mindestabschlag von 18 Mk. brachte, hatte nicht der Fachverein, sondern eine besondere Lohnkommission die Leitung. In der Folge gab es wieder rivalitätsstreitigkeiten zwischen dieser und der Leitung des Fachvereins. Erst vom Sommer 1885 ab wurde der letztere als der berufene Vertreter der Interessen der Berliner Tischler anerkannt, und er übernahm es mit Erfolg, die Errungenschaften der letzten Lohnkämpfe zu wahren und ihre Durchführung zu sichern.

Neben dem Fachverein bestand in Berlin seit dem Jahre 1867 eine Mitgliedschaft des Tischlerverbandes, der jedoch, obwohl ihr nur eine geringe Zahl von Mitgliedern angehörte, viel Schwierigkeiten von den Behörden gemacht wurden; erst im Oktober 1891 erfolgte die offizielle Gründung einer Zahlstelle, die nun von der Polizei nicht mehr angefochten wurde. Mit dem 1. Januar 1893 erfolgte dann der Uebertritt des Fachvereins, der um diese Zeit 1050 Mitglieder zählte, zum deutschen Tischlerverband. Als ein halbes Jahr später der Deutsche Holzarbeiterverband gegründet wurde, kamen zu den 1988 Mitgliedern, die der Tischlerverband damals in Berlin zählte, noch 258 Drechsler und 52 Wirstenmacher; der Fachverein der Stellmacher trat erst im Jahre 1898 über. Auch als der Korbmacherverband sich im Jahre 1896 dem Holzarbeiterverband anschloß, wurde in Berlin ein lokaler Verband gegründet, der seinen Anschluß mit etwa 90 Mitgliedern erst zwei Jahre später vollzog. Im Jahre 1901 kamen die Stocharbeiter mit 244 Mitgliedern. Die Mahnenmacher traten mit 35 und die Jalousiearbeiter mit 75 Mitgliedern im Jahre 1902 über. Die Möbelpolierer brachten bei ihrem Uebertritt im Jahre 1905 etwa 1600 Mitglieder, gleichzeitig erfolgte der Uebertritt der Ristenmacher mit 200 Mitgliedern. Im Jahre 1906 trat der 1800 Mitglieder starke Verband der Raschmaler über und der Verband der Vergolber, der gleichzeitig seinen Uebertritt vollzog, zählte damals in Berlin 800 Mitglieder. Der Verband der Schirmmacher, der 1910 dem Deutschen Holzarbeiterverband beitrug, brachte der Berliner Zahlstelle 57 Mitglieder. In den letzten Jahren haben sich noch eine Reihe Vorortszahlstellen mit Berlin verschmolzen. Insgesamt zählte die Berliner Zahlstelle am 1. April d. J. 29 135 Mitglieder.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, die Kämpfe und Erfolge, welche die Berliner Zahlstelle im Laufe der Jahre errungen, im einzelnen zu besprechen; nur einige der bedeutungsvollsten seien genannt. Durch den Streik im Jahre 1896 wurde die 5 1/2 stündige Arbeitszeit und 21 Mk. Minimalabschlag eingeführt. Im Jahre 1900 war wieder ein Streik, den die Unternehmer mit einem Aussperrungsbeschlusse beantworteten; das Ergebnis war die Erhöhung des Abschlages auf 24 Mk. Das folgende Jahr brachte den Kampf um das Kontrollbuch. Im Jahre 1901 versuchten die Unternehmer die herrschende Krise zum Zwecke einer Lohnherabsetzung auszunutzen. Trotz der zu Anfang des Jahres 1902 unternommenen Aussperrung wurde dieser Versuch abgeschlagen. Im gleichen Jahre begann der langwierige Kampf um den Arbeitsnachweis, der mit der Aufhebung des Innungsnachweises und der Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises für die Berliner Holzindustrie endete. Im Jahre 1904 kam es wieder zum Streik und zur Aussperrung. Nach einem Kampf von 16wöchiger Dauer wurde zum ersten Male ein Vertrag im Berliner Holzgewerbe abgeschlossen. Bei dessen Ablauf setzte im Jahre 1907 der große Kampf ein, in welchem es der Arbeitgeber-Schutzverband darauf abgesehen hatte, dem Deutschen Holzarbeiterverband eine vernichtende Niederlage beizubringen. Obwohl er die Aussperrung auf eine ganze Reihe weiterer Orte ausdehnte, endete dieser größte Kampf, der bisher in der Holzindustrie geführt wurde, mit einem vollen Mißerfolg für die Unternehmer. Seither hat der Arbeitgeber-Schutzverband eine Wiederholung dieser Machtprobe nicht mehr gewagt. Im Jahre 1910 wurde der Vertrag auf friedlichem Wege erneuert und bei dieser Gelegenheit auch das Obligatorium des Arbeitsnachweises vertraglich festgelegt.

Wir wollen es mit diesem gedrängten Auszug aus dem Inhalt des interessanten Buches bewenden lassen. Der Verfasser jagt im Vorwort, daß das Büchlein, welches in erster Linie für die Verbandstagsdelegierten geschrieben wurde, auch von den Berliner Kollegen mit einigem Nutzen gelesen werden wird. Aber nicht nur diesen, sondern den Kollegen im ganzen Reich möchten wir das Studium des Büchleins empfehlen. Der Preis des Buches (90 Pf. pro Exemplar, für Verbandsmitglieder 60 Pf.) ist so niedrig angelegt, daß es sich jeder anschaffen kann. Berlin hat von jeher nicht nur seiner überragenden Größe, sondern auch



der weittragenden Bedeutung wegen, die die dort geführten Kämpfe hatten, eine gewisse Sonderstellung im Verband eingenommen, der zufolge die Vorgänge in Berlin mit Recht in weit höherem Maße die Aufmerksamkeit auf sich lenken, als die an anderen Orten. Wenn deshalb der Verfasser im Hinblick auf das vorliegende Buch die Berliner Kollegen daran erinnert, daß die Angehörigen einer Kampfsgemeinschaft nur mit Vorbehalt den Blick auf die zurückgelegte Wegstrecke lenken können, um an den errungenen Erfolgen der Vergangenheit sich frische Zuversicht, für die Kämpfe der Zukunft zu holen, so möchten wir diese Mahnung auf die Mitglieder des Gesamtverbandes ausdehnen, denen das flottgeschriebene Buch als anregende und nützliche Lektüre empfohlen werden kann.

## Soziales.

### Menckefel.

Droben auf der Villa Hügel feierte die Dynastie Krupp eine ganze Woche lang das hundertjährige Bestehen ihres Königreiches. Hohe und höchste Würdenträger sind gekommen, um das Fest glanzvoller zu gestalten. Und just um dieselbe Stunde, in der auf dem Hügel bei Essen Wilhelm II. der Erbin Krupps den Lützenorden überreichte und ihrem Ehemann den Titel eines Ministers verlieh, um dieselbe Stunde mußten kaum fünf Wegstunden entfernt davon tief unten in der Grube über hundert brave Bergleute ihr Leben lassen.

Noch sind die Schmerzschreie der Opfer des Nürnberger Baumglückes nicht verhallt und schon durchweht die neue Schreckensstunde die Welt. In der zwischen Bochum und Dortmund gelegenen Kohlenzeche „Lothringen“ hat am Morgen des 8. August eine Schlagwetterexplosion einen großen Teil der Belegschaft vernichtet. Lebensfröhlich hatten die Bergleute erst morgens den Gang zur Arbeit angetreten und schon einige Stunden später schaffte man sie als verfohlte Leichname wieder ans Tageslicht. Bis zum Sonntag, den 11. August, hat die Zahl der Toten 110 und die der Verwundeten 21 erreicht. Das Unglück selbst hat sich auf der vierten 354 Meter tief liegenden Sohle zugetragen und wie die Katastrophe von Rabbod im Jahre 1908, die 335 Todesopfer forderte, wurde es durch Schlagwetter (Gasbildung) und Kohlenstaub herbeigeführt. Dieser im Bergbau ständig vorhandenen Gefahr begegnet man durch die fortwährende Zuführung frischer Luft, die „Bemetterung“, und durch „Berieselung“ des Staubes mit Wasser.

Nach den offiziellen Berichten soll auf der Grube alles in Ordnung gewesen sein und soll auch dies neue Unglück zu den unauswendbaren Naturereignissen zählen, denen der Mensch machtlos gegenüber steht. Ja, nach den bei einem am 9. August erfolgten Besuche des Kaisers auf der Zeche die ihm gegebenen Erklärungen sollen beim Sprengen von Gasen plötzlich in diesem enthaltene Gase freigeworden und vor deren Woller Beiseitigung weitergeschossen worden sein. Ob die direkte Veranlassung der verhängnisvollen Explosion jemals genau festgestellt werden wird, ist sehr fraglich, da sich ja die Hauptzeugen unter den Toten befinden dürften.

Aber entgegen jenen naturgemäß entschuldigenden Angaben der Grubenverwaltung stehen anklagend die Aussagen der Arbeiter. Diese behaupten, daß die Wetterführung auf der Grube mangelhaft war, die Temperatur habe sich ständig zwischen 26 und 27 Grad bewegt, Schlagwetter in kleineren oder größeren Mengen seien häufig aufgetreten. Aber das Gravierendste an allen Behauptungen der Bergleute ist, daß die Grubenverwaltung den Sicherheitsmann jener Unglücksabteilung früher so lange geistlich habe, bis er müde geworden ist und mit seiner lästigen Kritik zurückzieht. Dieser Sicherheitsmann habe bereits in den Jahren 1910 und 1911 das Vorhandensein von Schlagwettern in dem Jahrbuch vermerkt, doch habe der Betriebsführer dazu denn entgegengelegte Behauptungen eingetragen. Der Sicherheitsmann wurde von der Grubenverwaltung nicht weniger als 21 mal in schlechtere Arbeit verlegt und dadurch in seinem Lohn erheblich geschädigt. Infolgedessen habe er letzter die Fachabteilung nur noch monatlich einmal besichtigt und trotz vorgefundener Schlagwetter von Eintragungen ins Jahrbuch mehrfach Abstand genommen. Selbst ein Obersteiger soll die Verletzung der jetzigen Angehörigen als ungenügend bezeichnet und einen direkten Vorbehalt für erforderlich gehalten haben. Aber auch die Berieselung wird als nicht konsequent bezeichnet, denn am Tage nach dem Unglück wurden auf der Sohle zahllose Kottlöcher gefunden, die bei genügender Bemessung des Kohlenstaubes auch bei einer Explosion nicht entstanden wären.

Diese Behauptungen der Bergleute bilden schreiende Anklagen gegen eine Gesellschaftsordnung, die nicht alles tut, um solche Katastrophen auf das geringste Maß einzuschränken. Zur Beruhigung des öffentlichen Gewissens hat von dem Bergleuten Sicherheitsmännern zugebilligt, diesen aber einen genügenden Schutz gegen Kapitalgelegenheiten zu gewährleisten. Die Grubenverwaltungen sorgen schon dafür, daß diese Sicherheitsmänner „weiße Salbe“ bleiben. So sie ihnen zu gewährleisten ihres verantwortlichen Amtes wollen, daß man ihrer schon Herr zu werden, ohne sie durch abzulassen.

Die Zahl der Sicherheitsmänner hat auf dieser Grube wachsend zu Differenzen geführt, weil die Leitung dies vor „gelben“ in diese Ämter ziehen wollte. Der Betriebsführer ging nunmehr sogar gerichtlich beauftragt

werden, weil er einem ihm nicht genehmen Sicherheitsmann an der Kontrollfahrt hinderte. Das alles aber hat man dem Kaiser bei seinem Besuche nicht gesagt, im Gegenteil, der Sicherheitsmann der Unglücksabteilung wurde während des Besuches vom Zechenplatz ferngehalten.

Wenn nur ein Teil von den Behauptungen der Grubenklaven zutrifft — und nach den Erfahrungen auf anderen Gruben muß man damit rechnen — so muß auch denen das Gewissen pochen, die dermaßen waren und es doch unterließen für genügenden Schutz zu sorgen. Die Toten klagen an!

Ob man Unglücksfälle im Bergbau ganz verhindern kann, sei dahingestellt, aber unabweisbar ist die Pflicht der menschlichen Gesellschaft, solche in möglichstster Nähe zu vermeiden. Keine Rücksicht auf den Profit darf die Sicherheitsmaßnahmen beeinflussen, der Kohlenbergbau wirft übrigens hohe Gewinne genug ab. Diese Höherbewertung von Arbeiterleben ist aber nicht denkbar, so lange der Staat nur Rücksichten auf die Unternehmerinteressen kennt und von diesen beherrscht wird. Dringender denn je drängt sich jetzt das Bedürfnis der Tausende von Bergleuten und der Abertausende sonstiger Arbeiter nach voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung auf. In Preußen aber gilt die Stimme des Bergmanns, der in der dritten Klasse wählt, oft nur den hundertsten Teil der seines erstklassigen Grubenherren.

Der Kaiser hat für die Hinterbliebenen der Opfer 15 000 Mk. spendet, die Zeche „Lothringen“ 50 000 Mk., der Grubenvorstand 10 000 Mk. und weitere 4000 Mk. werden bereits an privaten Spenden gemeldet. Eifrig berichtet die bürgerliche Presse, daß die Witwen 20 und bei viel Kindern bis zu 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes des Verunglückten als Rente erhalten würden, also etwa 320—900 Mk. Aber weder Geld noch die ehrenvollsten Nachrufe können ihnen den Ernährer, den Kindern den Vater wiedergeben.

Wie die Bibel beim Festgelage des letzten Babylonierkönigs Geisterhände ihr „Mene Mene Tekel Upharsin“ an die Wand schreiben ließ, so ist die Jubelfeier von Essen durch das Massenunglück auf Zeche Lothringen jäh aufgeschreckt worden. Als nach der Katastrophe von Rabbod das öffentliche Gewissen pochte, da hat man den Bergleuten „weiße Salbe“ verschrieben, und als gar in diesem Frühjahr Tausende nach mehr Recht, mehr Lohn verlangten, da mußte Militär und Staatsanwalt die Grubenklaven niederhalten. Sie aber, die ihr Leben stets auf dem Felde der Arbeit riskieren, ihnen ist nicht gedient allein mit Beileid und milden Gaben, sie müssen fordern das gleiche Recht als Staatsbürger wie die Grubenherren.

Mit blutigen Lettern hat diese Schlagwetterexplosion es uns wieder ins Gedächtnis geschrieben, die stummen Blide von 110 erschlagenen Bergleuten rufen es uns warnend zu: Schafft wirklichen Arbeiterschutz, bevor ein neues Unglück neue Opfer fordert!

**Fortschritte in der kommunalen Arbeitslosenversicherung.** In die Reihe der Städte, die eine Arbeitslosenunterstützung gewähren, tritt mit dem 1. Oktober 1912 auch Stuttgart. Die städtischen Kollegien haben am 1. August einer Vorlage zugestimmt, welche die Einführung des sogenannten Genter Systems vorsieht. Die Stadt stellt zunächst jährlich 10 000 Mk. zur Verfügung, von welchem Betrage den Mitgliedern von Berufsvereinen, also Gewerkschaften, zu der von dort zu beziehenden Arbeitslosenunterstützung ein Zuschuß von 50 Proz., höchstens jedoch 1 Mk. pro Tag, auf die Dauer von 30 Tagen im Jahr, gewährt wird. Neu ist eine Bestimmung, die auf Drängen der sozialdemokratischen Gemeinderäte in das Statut gekommen ist, wonach Arbeitslose mit Kindern einen erhöhten Zuschuß erhalten können. Für jedes Kind unter 15 Jahren werden 5 Proz., höchstens jedoch 25 Proz. oder 50 Pf. zugelegt, so daß also bei 5 Kindern der gemeindliche Gesamtzuschuß zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung 75 Proz., höchstens jedoch 1,50 Mk. pro Tag, betragen darf.

Nichtorganisierte Arbeiter können sich den städtischen Zuschuß sichern, wenn sie auf ein Arbeiterparbuch bis zu 100 Mk. einzahlen. Sie erhalten dann vom 6. Tage der Arbeitslosigkeit ab die obigen Zuschüsse zu ihren Ausbehalten von der Sparkasse. Doch werden nur solche Sparbeiträge anerkannt, die vor mindestens 3 Monaten eingezahlt sind.

Gewerkschaften, welche an sich keine Arbeitslosenunterstützung gewähren, können ihren Mitgliedern die gleichen Zuschüsse sichern, indem sie für diesen Zweck Sparvereinigungen gründen.

Voraussetzung für den Bezug der städtischen Zuschüsse ist allgemein ein mindestens einjähriges Wohnen im Gemeindebezirk und unbeschuldete Arbeitslosigkeit (im Gegensatz zu Streik und Aussperrung). Die Arbeitslosen müssen sich der Kontrolle des städtischen Arbeitsamtes (eines paritätisch bestellten kommunalen Arbeitsnachweises) unterstellen und angebotene Arbeit zu dem im Beruf üblichen Lohn, Ledige auch nach auswärts, annehmen. Die für die Stuttgarter Verhältnisse besonders wichtige Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf die Nachbargemeinden ist ins Auge gefaßt und dürfte bei dem Einfluß, den in Württemberg infolge des allgemeinen Wahlrechts die Arbeiter auf die Gemeindeverwaltungen haben, wohl auch in absehbarer Zeit verwirklicht werden.

Nach in Stuttgart hat man den Unorganisierten wieder die Konzeption der „Zuschüsse an Einzelsparer“ gemacht, die sich bereits in allen anderen Fällen als bedeutungslos erwiesen haben. Unorganisierte besitzen eben fast ausnahmslos nicht das Verantwortlichkeitsgefühl gegen ihre Familie, um gegen solche Fälle der Not vorzubauen. Das ergibt auch der jüngst in der „Sozialen Praxis“ veröffentlichte Bericht über das erste Geschäftsjahr der Ar-

beitslosenversicherung der Stadt Freiburg i. Br. Dort haben sich 24 Gewerkschaften korporativ beteiligt und nur 55—60 Einzelsparer, von denen aber nur 35 eine Sparsparlage von mindestens 10 Mk. erreichten. Zudem rekrutierten sich aber diese Sparer fast nur aus den Reihen solcher Gewerkschaften, die selbst keine Arbeitslosenunterstützung gewährten. Insgesamt erhielten 117 Arbeitslose für zusammen 1858 Tage 1432 Mk. städtischen Zuschuß. Dieser schwankte zwischen 38 Pf. pro Tag und Person bei den Buchbindern und 1 Mk. bei den Buchdruckern und betrug durchschnittlich 82 Pf. An der Unterstützungssumme waren aber nur 8 Einzelsparer beteiligt, die für 100 Arbeitslosentage 100 Mk. Spargelder abhoben und infolgedessen 50 Mk. Zuschuß erhielten.

Ueber den Achtstundentag in der Grobisenindustrie schreibt der Gewerbe-Verband „Duisburg in der „Städtischen Zeitung“ vom 8. August: „Man könnte an und für sich oder theoretisch die achtstündige Arbeitszeit (wie sie auch in der Grobisenindustrie bereits hier und da besteht) für ein Streben wert halten, und an einer Herausgabe von 85 Millionen Mark würde die deutsche Eisenindustrie schließlich auch nicht zugrunde gehen; aber der Arbeitermangel wäre meines Erachtens auf absehbare Zeit ein unübersteigliches Hindernis.“ Wenn der Herr Gewerbe-Verband diese Äußerung auch ausdrücklich als seine „Privatmeinung“ bezeichnet, so ist das Geständnis dieses Sachverständigen, daß die angeblich bereits so schwer befallene deutsche Grobisenindustrie finanziell den Achtstundentag sehr wohl betragen würde, immerhin wertvoll. Das ständig vorhandene Heer einheimischer Arbeitsloser würde jedem Arbeitermangel sofort decken, wenn dabei nur angemessene Arbeitsbedingungen gewährt würden.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines möglichen Lokalaufbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. September in Nürnberg 65 Pf., in Sigmaringen 85 Pf., ab 1. Oktober in Dortmund 80 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 33. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

In bezug auf den Uebertritt ausländischer Mitglieder in unseren Verband geben uns wiederholte unliebsame Vorgänge in jüngster Zeit Veranlassung, von neuem darauf hinzuweisen, daß die Ausstellung des neuen Mitgliedsbuches nicht in den Zahlstellen erfolgen darf. Die Lokalverwaltungen haben vielmehr die ausländischen Mitgliedsbücher zur Umschreibung an die Hauptkasse einzusenden. Diese Einsendung erübrigt sich auch nicht, wenn der Kollege etwa ein Buch aus seiner früheren deutschen Mitgliedschaft bereits in Händen hat. In diesem Falle müssen beide Bücher zum Zwecke der Eintragung eingekandt werden. In ausländische Mitgliedsbücher dürfen Marken unseres Verbandes auf keinen Fall eingeklebt werden. Der Uebertritt in unsern Verband ist innerhalb 6 Wochen nach Antritt der Arbeit in Deutschland zu bewirken.

Im Einverständnis mit der Zentralkommission der Musikinstrumenten-Arbeiter berufen wir hiermit die zweite Branchenkonferenz der Musikinstrumentenarbeiter zum 17. und 18. November dieses Jahres nach Berlin ein. Für die Verhandlungen der Konferenz ist von der Zentralkommission folgende vorläufige Tagesordnung vorgeschlagen worden:

1. Bericht der Zentralkommission.
2. Die gegenwärtige Lage der Musikinstrumentenarbeiter und -arbeiterinnen.
3. Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge und Arbeitsnachweis.
4. Mittel und Wege zur Stärkung der Organisation.

In alle Sektionen der Musikinstrumentenarbeiter richten wir nunmehr die Aufforderung, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und die aufgestellte Tagesordnung sowie entsprechende Anträge dazu zu beraten. Alle Anträge zur Konferenz sind bis 15. Oktober an den Verbandsvorstand einzureichen.

Wegen der Beschickung der Konferenz haben die Sektionen sich mit der Lokalverwaltung ihrer Zahlstelle zu verständigen. Die Delegationskosten sind aus lokalen Mitteln zu bestreiten. Finanziell ungenügend gestellten Zahlstellen wird je nach Erfordernis ein Zuschuß zu den entstehenden Kosten aus der Verbandskasse gewährt. Diesbezügliche Anträge sind durch die Lokalverwaltung bis 15. Oktober an den Verbandsvorstand einzureichen. Für die Delegiertenwahl gelten im übrigen die Vorschriften Seite 3 im Handbuch.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 20727 Karl Arnold, Tischler, geb. 14. 1. 81 zu Leipzig.
- 38704 Wihl. Stachel, Tischler, geb. 24. 12. 69 zu Karnach.
- 48767 E. Schmidpeter, Tischl., geb. 19. 4. 72 zu Obermünzing.
- 460199 Karl Birnbaum, Tischl., geb. 9. 6. 68 zu Marienburg.
- 510134 L. Stedermeyer, Stellm., geb. 9. 11. 83 zu Kamnais.
- 511336 O. Woller, Masch.-Arb., geb. 25. 9. 74 zu Rohlsdorf.
- 518716 Paul Sohns, Drechsler, geb. 23. 10. 89 zu Warmen.
- 531793 E. Richter, Tischler, geb. 29. 10. 93 zu Schöneberg.
- 535497 H. Vormbrock, Tischler, geb. 12. 5. 84 zu Brahmewe.
- 564332 G. Schwarz, Tischler, geb. 31. 8. 83 zu Guffenhardt.
- 589852 Ludw. Gerbert, Holzarbeiter, geb. 6. 7. 66 zu Hausen.
- 599525 H. Smizerski, Stellm., geb. 11. 7. 87 zu Nischlowo.
- 606375 Josef Kanz, Tischler, geb. 30. 9. 89 zu Burghausen.
- 673044 Emil Jäger, Hilfsarb., geb. 13. 5. 81 zu Jonsdorf.
- 627045 Ray Guib, Hilfsarb., geb. 30. 4. 92 zu Jonsdorf.

Berlin E. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.



Korrespondenzen.

Utenberg. Die Versammlung, in welcher Kollege Vogt-Dippoldswalde den Bericht vom Verbandstage erstattete, war leider nur mäßig besucht. Verheiratete sowie Einheimische kümmern sich überhaupt nur wenig um eine Mitgliederversammlung. In der Diskussion zu dem Bericht hielten unsere Kollegen die Stärkung der Hauptkasse für notwendig. Desgleichen wurde der genehmigte Ausnahmebeitrag für unsere Zahlstelle als gut anerkannt. Auch wurde darauf hingewiesen, daß Scheitverkehr mit dem Verbandsbureau angebracht, sowie an Drucksachen etwas zu sparen sei, in bezug auf Sendung mehrerer Jahrbücher in den kleinen Zahlstellen. Schließlich wurde noch die Beamtenbefolgung kritisiert und bedauert, daß die Sterbetafel aus der Zeitung wegfällt. Den Kollegen unserer Zahlstelle aber sei zugerufen: zahlt Eure Beiträge regelmäßig, agitiert und besucht die Versammlung, bemüht die Bibliothek, vor allem aber lest die „Holzarbeiter-Zeitung“, dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben.

Berlin. (Einsitzer.) Mit den vielen Baufacharbeitern, die von auswärtigen Firmen nach Berlin geliefert werden, kommen oft auch gleich die Arbeiter mit, um die Arbeit zu montieren. Diese Kollegen richten sich dann aber nicht nach den hiesigen Verhältnissen, sondern nach den an ihrem Orte bestehenden. Hier besteht die 6 1/2 stündige Arbeitszeit und sind die Kollegen verpflichtet, wie überall dort, wo bessere Bedingungen bestehen, dieselbe einzuhalten. Fortgesetzt haben wir hier Scherereien mit solchen Kollegen, indem sie behaupten, ihr Vertrag läßt eine längere Arbeitszeit zu. Ebenso sind häufig die Löhne mit dem Montagetagezuschlag niedriger, als solche hier gezahlt werden.

Bereits der Kölner Verbandstag hat beschlossen, daß die hiesigen Kollegen sich auf unserem Bureau melden sollen, um sich Informationen zu holen, was bis heute in keinem Fall geschehen ist. Besonders arg haben es Kollegen von der Firma Kimmel aus Breslau getrieben. Denselben waren die 6 1/2 Stunden nicht genug, sie haben bis 10 Uhr abends gearbeitet. Diese Kollegen waren nicht zu belehren, daß hier am Orte keine Überstunden gemacht werden dürfen, sie waren vergnügt, als unser Obmann von der Bauleitung aus dem Bau gewiesen wurde. Die Kollegen erklärten, länger arbeiten zu müssen, weil sich die zur Hilfe eingestellten Berliner Einsitzer als unfähig erwiesen hätten. Nun haben aber die Breslauer nicht gefragt, mit wem sie zusammen arbeiten. Es besteht hier ein Lokalverein, der sich zusammensetzt aus Leuten, die fast ausnahmslos 1907 den Meisterschein gemacht haben. Von diesen waren doch einige am Werk. Unser Zahlstellenbureau hätte brauchbare Leute in genügender Anzahl besorgen können. Man kann sich vorstellen, welche freudigen Gefühle unsere hiesigen Kollegen, die zum Teil bis zu 18 Wochen arbeitslos sind, beschleichen müssen, wenn sie sehen, daß etwa 30 Breslauer Kollegen hier täglich bis 10 Uhr abends arbeiten, während ständig Tausende von Tischlern auf der Straße liegen.

Hamburg. (Korbmacher.) In der Mitgliederversammlung am 27. Juli erstattete Kollege Domke den Bericht vom Verbandstag. In der Diskussion wurde es lebhaft bedauert, daß immer und immer wieder die Erhöhung der Reiseunterstützung abgelehnt werde, während auf jedem Verbandstag die Erhöhung der Gehälter beschlossen wird. Scharf kritisiert wird die Zulage des ersten Vorsitzenden, eine Zulage, deren Betrag Tausende von Kollegen nicht verdienen. Für unten sei nichts übrig, die reisenden Kollegen könnten größtenteils nicht in Gewerkschaftshäusern übernachten; auch der Bau des Verbandshauses wurde kritisiert. Kollege Domke warnt im Schlußwort die Kollegen, einseitig zu urteilen, die Holzarbeiter stellen auch in der Partei einen guten Prozentsatz und dort sei es in bezug auf Gehälter genau so, dort müßte ebenfalls Kritik geübt werden, dann könne sich keiner auf den anderen berufen; im übrigen sei es Pflicht der Kollegen vor dem Verbandstag ihre Delegierten zu prüfen — es seien allein über 80 Beamte verschiedener Stellung antwesend gewesen —, dann würde manches anders ausfallen. Gespart könnte auch werden, wenn der Verbandstag immer an ein und demselben Orte tagte. Beschlossen wurde sodann, die bisherigen Extrabeiträge aufzuheben.

Köln. Im Betriebe vor Kober äußert sich die christliche Nächstenliebe der Inhaber nicht nur in Höflichkeitsschreibern, wie „Kausbüben, Schafköpfe“, ein Kollege hat jüngst auch den Knäppel zu spüren bekommen. In der Holzwarenfabrik Konrad u. Koch zeitigt die „Bildung“ der Inhaber ähnliche Blüten, was zur Folge hat, daß sich unsere Kollegen nach deren Bildungsstätten nicht allzu sehr reizen.

Krefeld. In der am 27. Juli stattgefundenen Generalversammlung erstattete der Delegierte den Bericht vom Verbandstag. Ueber denselben entspann sich eine lebhafteste Debatte. Die obligatorische Beitragsabführung nach der Höhe des Lokalbeitrages wurde als sehr ungerecht bezeichnet. Die Zahlstellen, die bestrebt waren, einen kleinen Kampffonds anzusammeln, um den Mitgliedern bei Streiks, Arbeitslosigkeit und Krankheit etwas unter die Arme greifen zu können, wurden dadurch hart betroffen. Hier am Niederrhein ist die Agitation besonders schwer und viele Kollegen sehen großen Opfermut ein, um den Mitgliederbestand auf der Höhe zu halten. Scharfe Kritik wurde geübt an der sprunghaftesten Gehaltserhöhung der Beamten, die in keinem Vergleich mit den Lohnverhältnissen der arbeitenden Kollegen stehe.

Leipzig. In einer mäßig besuchten Versammlung am 6. August referierte Kollege Schöpflin. Redner streifte in großen Zügen die gespannten wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Weltmarkte. Diesen Ausführungen wurde lebhaftester Beifall zuteil. Zur Abrechnung vom 2. Quartal wurde folgendes bekanntgegeben: die Einnahme betrug für die Hauptkasse, einschließlich eines Kassenbestandes von 265,81 Mark, insgesamt 46 667,31 Mk. Unter den Ausgaben der Hauptkasse erreichten Arbeitslosenunterstützung mit 6893,90 Mark und Kranfengeld mit 6950,45 Mk. die höchsten Posten. Die Ausgaben der Lokalkasse betrugen 17 848,94 Mk., darunter für Materialsperrung an 760 Mitglieder für 2247 Tage 6150,75 Mk., dem nicht an Rückzahlung vom Bezirksratfonds 1722,36 Mk. gegenüber. Die Lokalkasse schließt mit einem Kassenbestand von 211 249,45 Mk. ab.

Die Versammlung ehrte sechs seit der letzten Quartalsabrechnung verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise und wurde noch besonders der 25jährigen treuen Mitgliedschaft des verstorbenen Kollegen Franz Brause gedacht. Der Bericht vom Verbandstag war bereits in den vorausgegangenen sechs Bezirksversammlungen gegeben und bedurfte der Zustimmung der Mitgliederversammlung. Eine lebhafteste Diskussion erregte die vom Verbandstag beschlossene Erhöhung der Gehälter der Angestellten. Besonders kritisiert wurde die erhebliche Gehaltserhöhung des 1. Vorsitzenden. Die Gehaltsregulierung der Lokalbeamten unterliege den Zahlstellen. Von den Kollegen Schöpflin und Gerde wurde auf die Gehälter in anderen Körperchaften und Organisationen der Arbeiterbewegung hingewiesen und wurde besonders die wertvolle Arbeitskraft des 1. Vorsitzenden hervorgehoben. Der Antrag der Gesamtverwaltung, den Beschlüssen des Verbandstages zuzustimmen, wurde mit 223 gegen 179 Stimmen abgelehnt und fand mit derselben Stimmenmehrheit eine Resolution Annahme, die sich mit Ausnahme der Gehaltsregulierung mit den Verbandstagsbeschlüssen einverstanden erklärt. Einem Antrag, zur Verlegung der Volkshausherberge und zum Umbau Braustraße 17 das Stammkapital pro Mitglied um 50 Pf. zu erhöhen und diese Summe der Lokalkasse zu entnehmen, wurde zugestimmt. — Die Firma Hörsing wollte vertragswidrig den freien Sonnabendnachmittag einführen unter Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen, leider waren hiermit eine Anzahl Verbandsmitglieder einverstanden. Eine besondere Rolle spielte hierbei der dort beschäftigte Bildhauer Freimuth, welcher den Sonnabendnachmittag sowie Sonntag mit Verufsarbeiten für andere Firmen ausfüllt. Das Ansinnen der Firma wurde durch Verhandlungen der Vertragsinstanzen zurückgewiesen. Den Mitgliedern Th. Wundermann, Paul Weißleder, Rudolf Weiske, Fern. Uhlmann, Edwin Müller und Paul Jhle wurde für ihr Verhalten bei dieser Angelegenheit und ihr persönliches Betragen auf Beschluß der Mitgliederversammlung eine scharfe Miße erteilt.

Magdeburg. Am 5. August beschäftigte sich zum zweiten Male eine starkbesuchte Mitgliederversammlung mit der Beitragsfrage und der Gehaltsregelung der Beamten. Die übrigen Verbandstagsfragen traten vollständig in den Hintergrund, trotzdem sie mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger als die ersteren waren. Der Verbandstagsdelegierte, Kollege Klees, legte seinen ablehnenden Standpunkt in beiden Fragen nochmals kurz dar. Wenn er um Zustimmung zur Beitragsfrage plädierte, so nur deshalb, weil wir einem schweren Kampf entgegengehen. Redner empfahl dann eine Resolution, welche den Beschluß betreffs Beitragsfrage im Interesse der Stärkung der Hauptkasse als bindend anerkennt, es aber ablehnt, dem Beschluß behufs Gehaltserhöhung für den Beamten beizutreten. Die Resolution verlangt vielmehr, daß in Zukunft alle Anträge den Kollegen sechs Wochen vorher bekanntgegeben werden, genau so, wie die Kollegen verpflichtet sind, etwaige Anträge frühzeitig genug einzureichen, denn es diene der Agitation nicht, wenn der Hauptvorstand solche Anträge der Vorbereitungs- oder Revisionskommission überträgt und dieselben dann mit einer Rücksicht auf dem Verbandstag erscheinen. Da nun zum nächsten Verbandstag eine endgültige Regelung der Beamtengelder vorgenommen werden sollen, sei es im Interesse des Verbandes unbedingt notwendig, die Stra vornehmer bekanntzugeben, damit sich die Gantage und Generalversammlungen mit dieser Frage beschäftigen können. Die Besteuerung der Lokalbeiträge wurde lebhaft kritisiert, denn an deren Höhe sei nicht die Leistungsfähigkeit der Kollegen zu erkennen, sondern das Verlangen, dem nächsten Frühjahrskampf eine gute Lokalkasse entgegenzustellen. Ebenso sei es gar nicht zu verstehen, daß schon wieder die Beamtengelder erhöht wurden und dagegen seien einige tausend Mark für die Erweiterung der Reiseunterstützung abgelehnt worden. Aber auch hiermit noch nicht genug, soll nun auf dem nächsten Verbandstage erst noch die endgültige Regelung der Gehälter vor sich gehen. Diesem Gedankengang schlossen sich noch zwölf Redner an und wurde dann auch, trotzdem die Kollegen Bauer, Gorgas, Bröckle und Buz für uneingeschränkte Zustimmung zu den Verbandstagsbeschlüssen eintraten, obige Resolution angenommen.

Nordenham. Hier stehen die Bauarbeiter seit einem Jahr im Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber. Bei diesem Nachweis waren Maßregelungen immer an der Tagesordnung, weshalb die Bauarbeiter im Juli 1911 die Sperre über denselben verhängten. Hierzu waren die Bauarbeiter berechtigt, da die Nachweisfrage außerhalb des Tarifverhältnisses stand. Die Unternehmer waren aber anderer Meinung und glaubten die Arbeiter, die ohne Nachweis eingestellt wurden, wieder aus der Arbeit bringen zu können, was ja gleichzeitig Kontraktbruch bedeutet. Als die Arbeiter Gegenmaßregeln ergriffen, verstiegen sich die Herren Unternehmer in ihrer Wut soweit, daß sie am 6. Januar 1912 sämtliche Bauarbeiter ausperreten. Tausende wurden nun verpulvert, um die nötigen Arbeitswilligen heranzuziehen. Natürlich genossen die zirka 150 Arbeitswilligen den größten Schutz der Polizei und Behörde, was ja in unserem liberalen Oldenburg selbstverständlich ist. Unter diesem Schutz verstiegen sich diese Elemente soweit, daß sie unsere Kollegen mehrfach bedrohten, was von uns ebenfalls den Beschluß, die Sperre über den Nachweis zu verhängen, zeitigte. Dasselbe geschah vom Verband der Zimmerer. Trotzdem die Unternehmer vom Zentralschiedsgericht verurteilt wurden, das alte Arbeitsverhältnis wieder herzustellen, kamen sie dem Beschluß nicht nach. Dadurch besteht nun der Kampf fort und gilt heute für beide Parteien Handlungsfreiheit. Wir bitten alle Holzarbeiter, die gewillt sind, nach hier zu kommen, sich erst bei der Lokalkasse zu erkundigen, da wir schon arbeitssuchende Kollegen am Orte haben und ohne Nachweis keiner eingestellt wird.

Oldenburg i. Gr. Am 1. Mai d. J. wurde hier ein städtischer Arbeitsnachweis errichtet. Als Verwaltung desselben war ein Vorstand, bestehend aus 3 Arbeitgebern, 3 Arbeitnehmern und einem Magistratsassessor als Vorsitzenden, vorgegeben. Die Führung des Nachweises sollte ebenfalls in Händen eines Magistratsbeamten liegen. Den

freien Gewerkschaften sollte bei einer Mitgliederzahl von 200 nur ein Vertreter im Vorstande zugelassen werden. Die Hirsch-Dunderschen mit 20-30 und die Christlichen mit 60-70 Mitgliedern sollten ebenfalls je einen Vertreter haben. Wegen dieser Zurücksetzung verzichteten die freien Gewerkschaften auf eine Beteiligung. Der städtische Arbeitsnachweis ist daher für Verbandsmitglieder gesperrt. Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Gewerkschaftshause, Nr. 2. Da wir hier am Orte schon seit längerer Zeit mit schlechter Konjunktur zu rechnen haben, so müssen wir die reisenden Kollegen dringend ersuchen, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Derselbe ist geöffnet abends von 6 bis 7 Uhr, Sonntags von 11 1/2-12 1/2 Uhr. Umschauen ist streng verboten.

Böhmisch. Fortwährend sucht die Firma C. G. Sch in der Böhmischer Zeitung lüchtige Fischer auf Möbel und Bau. Hiesige verheiratete Kollegen, die wegen Arbeitsmangels schon jahrelang außerhalb arbeiten müssen, werden aber nicht angenommen, sondern nur junge, eben aus der Lehre entlassene Leute, denen man dann an Lohn 28 Pf. die Stunde bietet. Wir ersuchen deshalb die reisenden Kollegen, das Umschauen zu unterlassen und stets erst bei der Verwaltung Erkundigung einzuholen. Bei obiger Firma wird fortwährend über schlechte Maschinenarbeit getollt. Bei dem niedrigen Lohn kann eben kein guter Maschinenarbeiter auskommen. Ob die angebliche billige Arbeit dann doppelt teuer wird, danach fragen die Herren nicht, aber die Arbeiter müssen sich mit dem verpuschten und schlecht hergestellten Kram herumärgern.

Trier. Unsere Christlichen wollen sich ab und zu einmal bemerkbar machen, und da sie über eigene Taten nichts zu berichten wissen, lassen sie in Nr. 91 ihres „Holzarbeiter“ zwei Briefe unseres Kollegen F. wörtlich abdrucken, um den Schreiber wegen verschiedener orthographischer Fehler lächerlich zu machen. Bei ernsthaften Männern wird ihnen das allerdings nicht gelingen; diese werden daraus höchstens folgern, daß die hier unter der Zentrumshegemonie domierende Volksschulbildung recht sehr der Verbesserung bedarf. Und sie werden unseren Kollegen, der in jenem Schreiben verpricht, einer etwaigen Streikarbeit für die in Wesel von den Christen bestreiten Betriebe entschieden entgegenzutreten zu wollen, und ferner sagt: „denn nur durch gegenseitiges Entgegenkommen können wir Arbeiter unsere Lage verbessern in Trier“ trotz etwaiger Schreibfehler weit höher einschätzen als jenen pharisäischen Christen, der sich über die letzteren lustig und einem anderen Kollegen den total unbegründeten Vorwurf der Streikarbeit macht. Daß der Briefschreiber trotz seines Alters sucht, seine Schulkenntnisse im „Volksschulbildungsberein“ aufzubessern, werden Vernünftige ihm nur zur Ehre anrechnen.

Unsere Lohnbewegung.

In Bremerhaven, Lehe und Geestmünde dauert der Streik der Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter unverändert fort. Die Unternehmer sind eifrig bemüht, Streikbrecher nach den Unterwerkorten zu locken. Was jetzt ist es uns noch immer gelungen, die Zugereisten wieder abzuschließen.

In Burg b. Magdeburg dauert der Streik in der Tischfabrik A.-G. Wolf unverändert fort. Der Inhaber versucht jetzt andere Betriebsinhaber zur Uebernahme von Streikarbeit zu bewegen. So in Burg und Langermünde, wo in je einem Betriebe die Kollegen wegen Zumutung von Streikarbeit die Arbeit niedergelegt haben. Das hiesige Gewerbegericht bemühte sich, eine Einigung herbeizuführen, jedoch ohne Erfolg.

In Dannenberg a. Elbe hat sich in letzter Woche ein starker Zug Arbeitsuchender bemerkbar gemacht. Die Nachbarzahlstellen werden deshalb erneut erjucht, Reisende auf den hiesigen Streik aufmerksam zu machen, damit sie unseren Ort umgehen.

In Großhartmannsdorf sind am 5. August 17 Kollegen der Firma Otto Verlebach in den Streik getreten, weil der Inhaber nicht über 1-2 Pf. Lohnerhöhung hinausgehen wollte. Jetzt werden bei 6 1/2 stündiger Arbeitszeit 18-20 Pf. pro Stunde gezahlt, der Durchschnittslohn ist 26 1/2 Pf. Freilich muß der Betrieb bei 19 Arbeitern zwei Inhaber und einen Schreiber ernähren, während es für die Arbeit besser wäre, wenn nicht so viel Personen hindern in den Wege stehen würden. Zwei Kollegen sind als Arbeitswillige stehen geblieben und ein Schweinehändler a. D. hat auch schnell diese „günstige“ Arbeitsgelegenheit ergriffen. Diese drei Kräfte werden allerdings den Betrieb nicht wohl erhalten können.

In Langermünde haben am 5. August die acht Kollegen der Tischlerei Matzstedt die Arbeit niedergelegt, weil der Meister die Anfertigung von Streikarbeit für Burg verlangte.

Ausland.

In England zeigt der Kampf der Möbelarbeiter endlich nach dreimonatiger Dauer eine Wendung zum Besseren. In Nottingham ist eine Einigung in allen Werkstätten, mit Ausnahme eines Orchesterbetriebes, unter Berücksichtigung der Arbeitszeit von 54 auf 1 1/2 Stunden und 4 Pf. Lohn-erhöhung, zustande gekommen; auch mußten überall die Streikbrecher entlassen werden. In Manchester ist der Streik in über hundert Werkstätten beigelegt, jedoch verharren dort noch die größten Betriebe im Kampf. Inzwischen hat die Organisation der Möbelarbeiter erfolgreiche Lohnbewegungen in einer Anzahl kleinerer Städte durchgeführt, die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn-erhöhungen brachten. Dagegen erfolgten neue Aus-sperungen in St. Helens und Leeds. Während im übrigen London die Arbeitszeit 50 Stunden betrug, wurde im Osten Londons, bei den jüdischen Unternehmern, immer noch 55 Stunden gearbeitet. Auch dort kam es zum Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und ist jetzt ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen. Die Polierer Londons hatten kürzlich eine Lohnbewegung erfolgreich durchgeführt, doch scheint dieser Erfolg jetzt bedroht, da einige Unternehmer ver-juden, billige weibliche Arbeitskräfte einzusetzen, und die Streikbrecher nicht entlassen wollen. Eine so große Zahl Auswärtiger, wie in diesem Jahre, hatte die englische Möbelarbeiterorganisation noch nie zu unterstützen, und da die Anforderungen an ihre Kassen zu groß wurden, mußte



die Streikunterstützung herabgesetzt werden. Da die Bauarbeiter London erst kürzlich eine Lohnerhöhung erzielt haben und die Möbelarbeiter verpflichtet sind, nicht billiger zu arbeiten, kann es bei der im September einsetzenden Lohnbewegung leicht zum Kampf kommen, zumal die Unternehmer wissen, wie es um die Kassen der Gewerkschaft bestellt ist.

In Innsbruck haben sich die bestreikten Tischlermeister aus Hamburg Arbeitswillige liefern lassen. Bei Anknüpfung derselben kam es schon am Bahnhof zu Demonstrationen, die sich auf der Straße fortpflanzten, als die Vertreter unter Polizeischutz in die einzelnen Betriebe geführt wurden. Einer der Angeworbenen ist allerdings statt in die Arbeit ins Streiklokal gegangen und hat dort erzählt, daß die Leute in Hamburg in der „Heimat“ angeworben wurden. In einem Detektivbureau in der Humboldtstraße 135 sollen sie das Reisegeld erhalten haben und unter Aufsicht nach Innsbruck gefahren sein. Alle mußten einen Revers unterschreiben, in welchem stand, daß in Innsbruck getreift wird und sie sich verpflichten, mindestens drei Wochen hier zu arbeiten. Zwei Streikbrecher, welche trotz des Verbotes, ihre Werkstätten verlassen hatten, haben schleunigst zu rufen angefangen, so daß der eine mit dem Rettungswagen weggeführt werden mußte.

In Graz dauern Aussperrung und Streik weiter. Die Unternehmer wollen keinen Frieden, da ihnen durch den Verrat der Christen der Kamm geschwollen ist.

In Stäfa am Zürichsee sind den Arbeitern der Pianofabrik Nordorf 10-25 Proz. von den Affordrängen abgezogen worden. Um den Schlag bei günstiger Gelegenheit parieren zu können, ist es nötig, daß die Kollegen keine Arbeit in diesem Eldorado annehmen. Die Sperre ist verhängt. Sperrebrecher müssen wie Streikbrecher behandelt werden.

### Aus der Holzindustrie.

#### Die Lage der Tischler in Wien.

Der Gehilfenausschuß der Tischler, als genossenschaftliche Vertretung der Gehilfen, hat über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Wiener Tischler Erhebungen vorgenommen, deren Ergebnis er in seinem Jahresberichte veröffentlicht. Diese Erhebung gibt Aufschluß über 3263 Betriebe mit 11837 Gehilfen, 892 Hilfsarbeitern, 2929 Lehrlingen und 279 Arbeiterinnen. Zusammen über 15937 Personen. Insgesamt zählte die Genossenschaft 4054 Unternehmer, auch mit jenen, die ihr Gewerbe nicht mehr ausüben, so daß in die Erhebungen nur ein kleiner Teil von Unternehmern nicht einbezogen ist. Zu bemerken wäre, daß sich die Erhebungen auch auf 825 Betriebe erstrecken, in welchen zur Zeit der Erhebung (1911) gar kein Gehilfe, sondern nur Lehrlinge beschäftigt waren, oder gar niemand außer dem Unternehmer selbst. Im Durchschnitt kommen auf jedes Unternehmen 5-7 Arbeiter ohne Einrechnung der Lehrlinge. Bemerkenswert ist das Verhältnis der Hilfsarbeiter zur Zahl der Gehilfen. Es kommt auf 10 Gehilfen ein Hilfsarbeiter. Krasser noch ist das Verhältnis der Lehrlinge, denn ein solcher kommt im Durchschnitt schon auf 4 Gehilfen. Wenn wir jedoch die einzelnen Branchen trennen, so sehen wir, daß bei den Bau Tischlern auf 21 Gehilfen ein Lehrling entfällt, bei den Möbeltischlern jedoch auf 35 Gehilfen ein Lehrling und bei „verschiedenen Arbeiten“ mit 3,9 Gehilfen ein Lehrling. Die Lehrlingszucht ist also bei den Möbeltischlern sehr groß. Das erklärt sich zum Teil dadurch, daß von den erfahrenen Tischlern 427 für Privatstunden, 632 Unternehmer für Händler, Private und Fabrikanten arbeiten. Diese letzteren haben aber die meisten Lehrlinge.

Die Erhebungen geben Aufschluß darüber, daß in 537 Betrieben nur 1 Gehilfe, in 325 je 2, in 328 je 3, in 203 je 4, in 149 je 5, in 106 je 6, in 72 je 7, in 54 je 8, in 35 je 9, in 35 je 10 und in 206 Betrieben über 20 Gehilfen beschäftigt sind. Bei den Lehrlingen ergibt sich folgendes Bild: 736 Unternehmer haben je 1 Lehrling, 575 je 2, 205 je 3, 91 je 4, 8 je 5 und 2 Unternehmer waren vorhanden mit 6 Lehrlingen.

Auf die einzelnen Gruppen verteilt, ergibt die Verteilung der Verhältnisse das folgende Bild:

	Gehilfen	Hilfsarbeiter	Lehrlinge	Arbeiterinnen
103 Bau Tischlereien . . .	2071	197	97	7
194 Möbeltischlereien . . .	7893	273	2262	40
69 verschiedene Arbeiten . . .	2209	235	568	224
26 Maschinenbetriebe . . .	3335	671	95	278

Bemerkenswert ist, daß die Bau Tischlereien fast keine Lehrlinge beschäftigen und die meisten Hilfskräfte hauptsächlich in Möbeltischlereien, vorwiegend aber in den Fabrikbetrieben beschäftigt sind.

Bezüglich der Arbeitszeit wurde folgendes festgestellt: 3 Gehilfen arbeiteten 48 Stunden pro Woche, 7 50 Stunden, 23 51 Stunden, 101 52 Stunden, 570 53 Stunden, 37 54 Stunden, 16 55 Stunden, 136 56 Stunden, 69 57 Stunden, 49 58 Stunden, 429 59 Stunden, 22 60 Stunden, 3 61 Stunden, 35 62 Stunden, 13 63 Stunden, 3 64 Stunden, 2 65 Stunden, 105 66 Stunden und 1 über 66 Stunden. Im Durchschnitt wird 54 1/4 Stunden gearbeitet gegen 57 1/4 Stunden nach den Erhebungen im Jahre 1906. Weiterhin ist in den vergangenen fünf Jahren eine Arbeitszeitverlängerung von 3 Stunden pro Woche durchgeführt worden.

Interessant ist die Erhebung über die Art der Entlohnung der Arbeiter. Es ergibt sich, daß im Wochenlohn 29 Arbeiter gleich 6,20 Proz., im Tagelohn 323 Arbeiter gleich 27,20 Proz., im Stundenlohn 527 Arbeiter gleich 44,74 Proz., in Stücklohn 398 Arbeiter gleich 33,43 Proz., erhalten. Die Lohnbestimmungen nimmt grundsätzlich ab. Nur noch jeder dritte Gehilfe steht im Afford.

Nicht minder interessant ist die Zusammenstellung über die Höhe der bezogenen Löhne. Hier ist die Gegenüberstellung von 1906 und 1911 durchgeführt, um zu zeigen, wie sich das Verhältnis zwischen der Arbeiter und dem Unternehmer ergab sich für 10922 Gehilfen 5 Kronen pro Tag gegen 4 Kronen im Jahre 1906. Für 220 Hilfsarbeiter 2,77 Kronen und bei 279 Arbeiterinnen 1,25 Kronen die Woche.

Während im Jahre 1906 noch 550 Kollegen einen Tagesverdienst von nur 2-3 Kronen hatten, waren es deren jetzt nur noch 52. Ebenso hat sich die Zahl der zu Löhnen von 3,10-4 Kronen Beschäftigten von damals 4983 auf jetzt 1228 verringert. Die höheren Lohnklassen zeigen demgegenüber eine immer steigende Zahl von Beschäftigten. So verdienten 1906 erst 3145 Arbeiter zwischen 4,10-5 Kronen, im Jahre 1911 dagegen 6518 Personen. Von 5,20-6 Kronen erhielten 1906 nur 267, darüber bis zu 8 Kronen gar nur 21 Arbeiter. Jetzt dagegen wurden in ersterer Lohnklasse 3511 und in letzterer 657 Kollegen gezählt, während 26 über 8 Kronen täglichen Verdienstes erzielt. So zeigen also auch die Einzelnachweise, wie sich die Verdiensthöhe unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbewegung gehoben hat.

Die Tischler Wiens stehen nun jetzt vor Ablauf ihres im Jahre 1900 abgeschlossenen Vertrages. Hoffentlich gelingt es ihnen, bei Erneuerung desselben wieder einen Schritt nach vorwärts zu machen.

Magnit, das so schnell berühmt gewordene westpreussische Städtchen, ist seit dem 5. August wieder allen militärischen Schutzes verlustig gegangen. Nachdem sich die Bürger dessen eine volle Woche „erfreuen“ konnten, sind an jenem Tage die noch verbliebenen zwei Bataillone Infanterie wieder nach Tilsit abgerückt. Auch die Firma Brüning u. Sohn mag eingesehen haben, daß ein berechtigter Lohnkampf der Holzarbeiter sich nicht durch das Eingreifen des Militärs zu ihren Gunsten entscheiden läßt, selbst wenn man — wie die „Königsberger Volkszeitung“ berichtet — Soldaten zum Kartoffelschalen für die Streikbrecher verwendet. Hat so diese unnötige Mobilmachung den Streikenden auch nichts zu schaden vermocht, so hat sie doch ihre aufreizende Wirkung auf die unbeteiligte Bevölkerung nicht verfehlt. Sie dürfte manchen bisher gleichgültigen Arbeiter die Augen darüber geöffnet haben, warum unsere Begüterten so militärbegeistert sind. Kennzeichnend aber ist bei diesen Vorgängen auch das Verhalten der bürgerlichen Presse. Ueber das Auftreten des Militärs in Magnit berichtet sie kein Wort. Ein von zehn Zeugen bestätigter Bericht eines freisinnigen Bürgers, der sich betätigt fühlte, wurde von der freisinnigen „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“ abgelehnt, weil sie nicht in ein schwebendes Strafverfahren (gegen Soldaten) „eingreifen“ wolle. Dagegen bringt dieselbe Zeitung Arbeitergesuche der bestreikten Firma, lehnt aber unsere Gegeninzerate ab.

Uebertritte in den christlichen Holzarbeiterverband. Zu den Berichten, die der christliche Holzarbeiterverband über seine Entwicklung in den beiden letzten Jahren herausgegeben hat, spielen die Uebertritte aus den „sozialdemokratischen Verbänden“ eine große Rolle. Im christlichen „Holzarbeiter“ heißt es z. B.: „Auch der Uebertritt von 975 Mitgliedern sozialdemokratischer Verbände in unsere Organisation zeigt, daß uns die Zukunft gehören kann, wenn nur die Kollegen allerorten sich darum bemühen.“ Dieser Optimismus dürfte ein wenig herabgestimmt werden, wenn die Christen erfahren, daß die auf diesem Gebiete erzielten Erfolge reichlich weit gemacht werden durch den Uebertritt von Mitgliedern der Zentrumsgewerkschaften in die freien Verbände. Hat doch der Deutsche Holzarbeiterverband allein aus dem christlichen Holzarbeiterverband in den beiden letzten Jahren 822 Uebertritte zu verzeichnen.

Wir machen aus diesem Gewinn kein großes Wesen, denn wir legen mehr Wert darauf, dort einzudringen, wo die Organisation überhaupt noch nicht Boden gefaßt hat. Dann bedeuten auch die Uebertritte mitunter einen recht zweifelhaften Gewinn. Gewiß gibt es unter den übergetretenen Kollegen solche, die den Uebertritt nach reiflicher Ueberlegung und aus innerer Ueberzeugung vollzogen haben. Häufiger sind aber die Fälle, wo der Uebertritt nur der Ausdruck der Verzweiflung ist. Eine Unterstützung, die verweigert wurde, weil die Voraussetzungen dazu fehlte, eine persönliche Differenz mit einem Mitglied der Lokalverwaltung geben nicht selten Anlaß zum Uebertritt in den anderen Verband. Als besondere Acquisitio wird man derartige Uebertritte kaum ansehen können. Es mag sein, daß man im christlichen Verband darüber anders denkt. Werden doch dort auch Leute, die wegen Streikbruchs von uns ausgeschlossen wurden, mit offenen Armen aufgenommen, und als „Uebergetretene“ registriert.

Auf dem christlichen Verbandsstag hat der Vorsitzende Kurtscheid die Zahlstelle Bremen als die bezeichnet, welche die meisten Uebertritte brachte. Wie das kommt, ergibt sich aus einer Zuschrift, die uns aus Bremen zugeht. Dort wurden im Jahre 1908 die Arbeiter einer großen Holzfabrik wegen der Meisterei ausgesperrt und die Christen Gelegenheit, sich dort einzunisten. Sie ergriffen sich des Wohlwollens der Geschäftsleitung: mit Hilfe des Portiers wurde noch bis zum vorigen Jahre den meisten neuangehenden Arbeitern der christliche Aufnahmechein in die Hand gedrückt und als Vorarbeiter wurden mit Vorliebe Christen eingestellt, die ihre Stellung dazu benutzten, um für den christlichen Verband zu agitieren. Die Christen haben es besonders auf die in der Fabrik beschäftigten polnischen Arbeiterinnen abgesehen. Am Portal der katholischen Kirche wird eine eifrige Werbearbeit betrieben, und wo das nicht hilft, schreut man auch vor Gewaltmitteln nicht zurück, um „Uebertritte“ zu erzielen. Erst kürzlich wurden der Zahlstelle der christlichen Zahlstelle und ein Beitragsammler zwei Arbeiterinnen in ihrer Wohnung auf und nahmen ihnen trotz Protestes ihre Verbandsbücher ab. Als am anderen Tage die Mädchen ihre Bücher energisch zurückverlangten, da ließ es diese seien schon in Köln.

Auf diese Weise werden in Bremen die „Uebertritte“ zum christlichen Verband erzielt. Die Erfolge beschränken sich aber fast ausschließlich auf imperierende, von der Kultur noch wenig belebte Frauen, auf welche der Hinweis auf die Religion und die offene oder versteckte Drohung, die Arbeit zu verlieren, noch Eindruck macht. Bei den männlichen Arbeitern, zumal den Gelehrten, vertragen diese Mittel hier haben auch die Christen noch nicht den geringsten Erfolg zu verzeichnen. Wie es aber mit dem Erfolge der Christen, deren Tätigkeit vom Unternehmer so eifrig gefördert wird, in Wirklichkeit aussieht, ergibt

sich aus dem Organisationsverhältnis in der betreffenden Holzfabrik. Nach einer mit Hilfe der christlichen Vertrauensmänner ausgenommenen Erhebung waren in dem Betrieb im Monat Mai 325 männliche und 266 weibliche Arbeiter beschäftigt. Von diesen 591 Personen waren organisiert: im Deutschen Holzarbeiterverband 447, im christlichen Holzarbeiterverband 72, in anderen Verbänden 52. Unorganisiert waren 20. Für die Werbekraft der christlichen Ideen, obwohl diese von recht materiellen Mitteln unterstützt werden, sind die mitgeteilten Zahlen wohl bezeichnend.

Für die vierjährige Lehrzeit im Tischlerhandwerk hat sich die Gewerkekammer Dresden in ihrer am 7. August in Freiberg in Sachsen abgehaltenen Sitzung ausgesprochen. Anlaß dazu bot ein Antrag des Verbandes sächsischer Tischlermeister an das Ministerium des Innern, der dahin ging, die vierjährige Lehrzeit für Tischler in Sachsen obligatorisch einzuführen. Von 950 befragten Tischlermeistern haben sich angeblich nur 187 gegen die vierjährige Lehrzeit ausgesprochen, dabei auch die Sebnitzer Innung, die befürchtet, dann noch weniger Lehrlinge als heute zu erhalten. Die drei- und dreieinhalbjährige Lehrzeit soll angeblich infolge der Erweiterung des Fachschulunterrichts nicht mehr ausreichen, zumal die Lehrlinge infolge der Vergrößerung der Betriebe wesentlich mehr lernen müßten als früher. Uns will diese meisterliche Begründung gar nicht überzeugen, und dürfte es auch den meisten jener sächsischen Meister weniger auf das Mehrlernen, als auf das eigene Mehrverdienen ankommen. Die Zeit, in der die Schule den Lehrling seiner Arbeit entzieht, dürfte sich durch dessen theoretische Belehrung, die doch andernfalls eigentlich jedem Lehrmeister obliegt, reichlich ausgleichen. Und erst die Vergrößerung der Betriebe, die hat meist nicht zur Erhöhung des Lehrlohnes, sondern in der Regel zur Spezialisierung und Vereinfachung desselben geführt. Der Ausgelernte muß sich heute eher mehr denn früher in anderen Wertstellen umsehen, wenn er sich wirklich eine vielseitige technische Bildung aneignen will. Ihm kann deshalb die überlange Lehrzeit nichts nützen. Da genügen die üblichen drei Jahre vollauf, wenn diese stets nur tatsächlich auf den Lehrzweck verwandt werden.

Solche Gedanken können natürlich einer sächsischen Gewerkekammer nicht aufstehen, und so erkannte denn auch die Dresdener in ihrem Gutachten die vierjährige Lehrzeit für das Tischlergewerbe „als berechtigt“ an. Darauf, daß nun die höhere Verwaltungsbehörde die erforderliche Zustimmung zur obligatorischen Verlängerung der Lehrzeit verweigert, ist leider in Sachsen wenig zu hoffen.

Der dänische „Holzindustriearbeiterverband“ teilt mit, daß in Dänemark zurzeit reichlich arbeitslos Holzarbeiter, auch Maschinenarbeiter, vorhanden seien, und wollen deshalb Kollegen, die auf Arbeitergesuche in deutschen Zeitungen nach Dänemark eingehen möchten, sich jeweils vorher bei dem dortigen Vorstand nach dem Beschäftigungsgrad erkundigen. Die Adresse lautet: B. S. Petersen, Kopenhagen N., Besselsgade 25, 2 Tr.

### Gewerkschaftliches.

#### Die katholischen Fachabteilungen.

Wie ein Reichen, das im Verborgenen blüht, leben sie dahin, die katholischen Fachabteilungen, nur daß ihre Blüten weniger lieblich duften, wenn sie einmal gepflückt werden. Abgesehen von dem Gesehrei, das ab des päpstlichen Segens um „Sich Berlin“ entstanden ist, fühlt man das Wirken jener Ludwigsgewerkschaften in der Regel nur dann, wenn irgendwo Arbeitswillige gebraucht werden, denn wer bei den „Berlinern“ eintritt, hat grundsätzlich jede Hoffnung auf Wahrnehmung gewerkschaftlicher Interessen draußen zu lassen.

Mit solchem Programm kann man keine Mitglieder fesseln, und schließlich ist auch noch die Konkurrenz der offenen Gelben da. Das hat trotz allen päpstlichen Segens ein ständiges Siechtum der Fachabteilungen zur Folge. Wie alle diese Organisationen, die mehr scheinen möchten als sie sind, behalten auch die Fachabteilungen jeden zahlenmäßigen Nachweis ihrer „Stärke“ sehr sauberlich für sich. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ hat nun versucht, das Dunkel über diesen seinen lästigen Konkurrenten ein wenig zu lüften. Als lachender Driller in diesem Streit zwischen „Schwarz“ und „Schwärzer“ wollen auch wir einigen der dort gefundenen Zahlen zu weiterer Verbreitung verhelfen.

Da ist zunächst das Interessanteste, daß nach der Berechnung aus den Beiträgen die Mitgliederzahl der gesamten Fachabteilungen in Deutschland kaum 10 000 erreicht, während die katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung, um deren Unterabteilungen es sich doch hier handelt, über 100 000 organisationsfähige Arbeiter umschließen sollen. Nach den allerdings nicht absolut glaubhaften eigenen Angaben sollen sich darunter auch rund 5000 Holzarbeiter befinden, so daß bei gleichem Verhältnis deren 500 auf die Fachabteilungen kämen. In Wirklichkeit dürfte dies aber viel zu hoch gegriffen sein.

Die Gesamteinnahmen aller Fachabteilungen aus Beiträgen erreichten ihren feither höchsten Stand im Jahre 1909 mit 244 670 Mk., doch standen dem damals 260 070 Mk. Ausgaben gegenüber. Eine durchgeführte Sanierung im Norm einer Herabsetzung der Leistungen ließ zwar dann die Ausgaben 1910 auf 227 026 Mk., 1911 sogar auf 127 517 Mark sinken. Doch scheint damit auch der Mitgliederzuwachs eingetreten zu sein, denn die Beitragsereinnahmen folgten den gleichen Spuren; 1910 wurden noch 226 820 Mark, 1911 dagegen nur noch 151 346 Mk. an solchen verbucht. Als auffallend bemerkt das christliche „Zentralblatt“, daß in den Einnahmen keine Zinsen aus dem Vermögen erscheinen, obgleich angeblich schon 1908 zusammen 122 286 Mk. und 1911 gar 133 518 Mk. vorhanden waren.

Wie die an sich bedeutungslosen Fachabteilungen, so befinden sich nach der Berechnung ihres christlichen



Kritikers auch die katholischen Arbeitervereine selbst auf dem Wstiege. Aus lassen diese schwarzen Sorgen kalt, uns interessiert nur, daß dort, wo es sich nicht um seine Freunde handelt, auch das christliche Zentralorgan das Verheimlichen kontrollierbarer Zahlen als Schwäche annagelt.

Auf vierzig Jahre Gewerkschaftsarbeit blicken in diesen Tagen die Leberarbeiter zurück. Ihre erste Zentralorganisation, der „Norddeutsche Weisgerberbund“, wurde im August 1872 auf einem nach Berlin einberufenen Kongress von Delegierten der Weisgerberbrüderschaften (Zunftgenossenschaften) auf föderaliver Grundlage ins Leben gerufen. Bis 1874 hatte es der Bund auf 27 Vereine mit 680 Mitgliedern gebracht. Mit Beginn des Jahres 1878 wurde ein eigenes Verbandsorgan ins Leben gerufen, das „Vereinsblatt“, obgleich man auch damals erst über 818 Mitglieder in 32 Vereinen verfügte. Die Süddeutschen halten sich von Anfang an reserviert verhalten, weil ihnen die Bundesorganisation nicht fortschrittlich genug erschien; sie forderten u. a. auch, daß man den ungelerten Werberarbeitern durch ein billiges Eintrittsgeld die Aufnahme in den Verband ermöglichen solle, um sie zu Bundesgenossen der Gesellen zu machen. Das ist, wie die Bundesleitung damals mit Befriedigung konstatierte, an dem „gesunden Sinn“ der norddeutschen Weisgerber gescheitert. Im Jahre 1879 gründeten darauf die Süddeutschen einen eigenen Verband, von dem aber 1882 drei Zahlstellen mit 120 Mitgliedern zum norddeutschen übergingen, der sich jetzt „Allgemeiner Weisgerberverband“ nannte. Als letzter folgte dann der Münchener Lokalverein dem gleichen Beispiel. Aber erst um das Jahr 1890 wurde die Aufnahme ungelertener allgemein zugelassen. Der Verband zählte 1892 erst 1883 Mitglieder und brachte es mit der am 1. Juli 1893 erfolgten Verschmelzung mit den Lohgerbern auf deren 2600. Bis zu dem am 1. Juli 1909 erfolgten Anschluß des Handschuhmacherverbandes mit rund 3000 Mitgliedern war schon eine recht kräftige Vorwärtsentwicklung eingetreten, so daß der nunmehrige „Leberarbeiterverband“ das Jahr 1911 mit rund 15 000 Mitgliedern abschließen konnte. Die Werber gehören zu den wenigen Organisationsgruppen, die sich in ihrer alten Form über die Zeit des Sozialistengesetzes hinwegsetzen konnten. Aus kleinen Anfängen und zünftlerischen Anschauungen hat sich die Organisation herausgearbeitet zu einem modernen Industrieverband, und wie die drei Hauptgruppen: Weisgerber, Lohgerber und Handschuhmacher, so arbeiten in ihm heute andererseits Gelehrte und Ungelernte einträchtiglich nebeneinander.

Die Verschmelzungsfrage wird gegenwärtig wieder im Porzellanarbeiterverband diskutiert. Den Anlaß dazu hat anscheinend ein von Almenau aus verbreitetes Flugblatt gegeben, das den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband propagiert. Aus den Verichten in der „Anzeige“, dem Verbandsorgan, geht jedoch hervor, daß viele Zahlstellen den Almenauer Schritt mißbilligen und sich für die auch näherliegende Verbindung mit den Verbänden der Töpfer und Glasarbeiter aussprechen.

Eine neue christliche Ordnung. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Arbeiter der Zentrumspartei ihr gewerkschaftsfremdliches Herz immer erst dann entdecken, wenn zu befürchten steht, daß die freie Gewerkschaft in ihre Domäne eindringt. Dann entsteht für die schwarzen Agitatoren auf einmal ein „Bedürfnis“ für eine gewerkschaftliche Organisation, die man dann unter der Fittige des Christentums segeln läßt. So war es, als nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes die freien Gewerkschaften schnell an Ausdehnung zunahmen und so zeigt es sich auch heute noch. Hat es da in den wenigen Jahren seines Bestehens der freigewerkschaftliche „Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter“ bereits zu über 15 000 Mitgliedern gebracht und schon wittert die schwarze Meute Gefahr. So ist denn jetzt in Bingen am Rhein von einigen zusammengescholten Weinbergarbeitern unter Ausschluß der Öffentlichkeit scheinung eine Gegenorganisation gegründet worden. Der Generalsekretär Steigerwald der christlichen Gewerkschaften hielt die Taufrede. Der neue Verband nennt sich Deutscher Weinberg-, Land- und Waldarbeiterbund und erhält seinen Sitz in Köln. Als Zweck seines Bestehens gibt er aus: „die Förderung des Gemeinutens, Hebung des Standesbewußtseins und der Berufstätigkeit, Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Mitglieder“.

Die Berufsinteressen der Landarbeiter sind aber bei der bestehenden freien Organisation weit besser aufgehoben, als bei den Arbeiterzerplitterern mit ihrem christlichen Auswärtigkeit. Diese Neugründung aber sollte unseren Kollegen Veranlassung sein, den bestehenden freien Verband der Landarbeiter nach Möglichkeit zu fördern.

Technisches.

Die Bayerische Gewerkschau erzählt in dem soeben erschienenen Augustheft des „Fachblattes für Holzarbeiter“ eine eingehende Würdigung in Wort und Bild. Die beiden einleitenden Artikel des Festes bilden eine willkommene Ergänzung zu der in unserem Blatte bereits erfolgten Besprechung jener Münchener Gewerbeausstellung. Der im vorhergehenden Heft veröffentlichte Entwurf einer Einzimmerwohnung wird diesmal durch die Darstellung weiterer Modellstücke zur Ausfüllung einer Wohnung von zwei Zimmern vervollständigt. Erläuternde Preisangaben vermitteln einen Ueberblick über die Kosten einer solchen Einrichtung, während die Wiedergabe des Schlusses eines Hilligschen Artikels Winte für die geschmackvolle Ausschmückung eines Heimes gibt. Der technische Teil bringt diesmal eine längere Abhandlung des Peizmaisters Wädel über das Zeigen des Eichenholzes, wobei der Verfasser die Fortschritte auf diesem händigen Wandlungen unterworfenen Arbeitsgebiet eingehend Neuere passieren läßt. Ferner finden Sautschler und Modellistler ihre Berücksichtigung. Den ersten ist eine Abhandlung des Fachschullehrers Anger, der aus unserem Beruf hervorgegangen ist, über: „Die Zimmerdecken und ihre Gestaltung“ gewidmet. Bildliche und konstruktive Darstellungen zeigen dabei u. a., wie es möglich ist, trotz verschiedener Türengrößen eines Raumes den einheitlichen Eindruck zu wahren. Dr. W. Heise unter-

richtet über die Grundsätze, welche bei Anfertigung der Holzmodelle für die Zierereien maßgebend sein müssen. Er weiß dabei manches Neue zu erzählen, dürfte sich selbst die einfache Tatsache den meisten Bau- und Möbelfachleuten unbekannt sein, daß in der Modellmacherei Metermaße verwendet werden, die bis zu 20 Millimeter länger als das normale Meter und doch nur in 1000 Millimeter eingeteilt sind, die sogenannten Schwindmaßstäbe. Unter den behandelten Holzbearbeitungsmaschinen fallen die Kräfte für Wellenleisten und die Stelkenfräse in der Verwendung an Langlochbohr- und an gewöhnlichen Fräsemaschinen auf.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedr. 2. Ältere Jahrgänge werden, soweit vorhanden, noch abgegeben.

Eingefandt.

Achtung, Vergolber!

Die Zentralkommission wählte in ihrer letzten Sitzung den Unterzeichneten zu ihrem Vorsitzenden. Alle Anfragen und Zuschriften sind daher von jetzt ab an diesen zu senden.

Mit kollegialem Gruß Alfred Hlau, Berlin S. O. 38, Liegnitzer Str. 30, vorn 2 Tr.

Zur Agitation unter den Stellmachern.

Die Berufsangehörigkeit der Mitglieder unseres Verbandes ergibt, daß die Stellmacher noch in äußerst geringer Zahl unserem Verbande angehören. Für das Jahr 1911 ergab die Zusammenstellung, daß sich die Zahl der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Stellmacher um 1233 vermehrt hat, während das Vorjahr nur eine Zunahme von 451 Kollegen brachte. Wir können diese Zunahme als guten Erfolg der agitatorischen Kleinarbeit ansprechen, der sehr wohl noch steigerungsfähig ist.

Durch die Entwicklung unseres Gewerbes zur Großindustrie findet auch der Organisationsgedanke bei unseren Kollegen mehr Eingang, und die Vermehrung der Mitglieder ist wohl hauptsächlich auf diesen Umstand zurückzuführen, so daß man sich der Einsicht nicht verschließen darf, daß die Kleinbetriebe an dieser Zunahme wenig beteiligt sind. Aber gerade die Kollegen dieser Betriebe dürfen bei der Agitation nicht unberücksichtigt bleiben, denn dort sind unsere jüngeren und aufnahmefähigen Kollegen zu finden. Bei den meist schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen diese Kollegen zu leiden haben, dürfte es nicht schwer sein, sie von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Berufsangehörigen zu überzeugen.

Das wird freilich nicht dadurch zu erreichen sein, daß man den Kollegen eine Einladung zum Besuche einer Versammlung schickt. Wenn man sich darauf beschränkt, wird das Resultat ein äußerst negatives bleiben. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, diese Kollegen an ihren

Arbeitsplätzen, in ihren Wohnungen aufzusuchen, sie in unseren geselligen Verkehr hineinzuziehen und diese Kleinarbeit systematisch zu betreiben.

Diese Tätigkeit kann aber von den Ortsverwaltungen, Sektionen usw. nicht allein bewerkstelligt werden, sondern alle Berufscollegen müssen mithelfen.

Versuchen wir, auch auf diesem Wege vorwärts zu kommen und Klärung dorthin zu tragen, wo sie notwendig und erfolgversprechend ist. E. A., Berlin.

Zur Wahl der Weisger im Verbandsvorstand.

Der § 17 des Verbandsstatuts besagt, daß die Zusammensetzung des Verbandsvorstandes nach Möglichkeit aus Mitgliedern aller am Verband beteiligten Berufsgruppen zu erfolgen hat. Da jetzt die Wahlen der Weisger zum Hauptvorstand vorgenommen wurden, will ich darauf hinweisen, daß der § 17 dabei nicht beachtet ist. Von den 4 bis jetzt Gewählten gehören 3 einer Berufsgruppe an; je nach dem Ausfall der Stichwahl besteht die Möglichkeit, daß diese sogar 4 Weisger zum Hauptvorstand stellt. Dabei sind geeignete Vorschläge von den verschiedenen Berufsgruppen des Verbandes erfolgt. Das Statut geht sicher von der richtigen Voraussetzung aus, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufsgruppen zu verschieden und aus diesem Grunde Vertreter aus allen Gruppen zu nehmen sind. Es ist deshalb erwünscht, daß dem bei künftigen Wahlen mehr entsprochen wird. D. A., Berlin.

Adressen der Sektionen.

Zu den in den Nummern 16 und 22 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Adressen sind folgende Ergänzungen gemeldet worden:

- Zentralkommission der Vergolber: Berlin S. O., Alfred Hlau, Liegnitzer Str. 30, vorn 2 Tr.
Bürstenmacher: Berlin S. O., Konrad Günter, Wasserlorenzstr. 26, vorn 4 Tr. I.
Korbmacher: Bernburg, A. Manigel, Breitestr. 88.
Parkettisierer: Dresden, Gustav Benedikt, Sorbisch 6, Dresden, Bergstr. 3.
Maschinenarbeiter: Johannegeorgensabt, Max Niedermeyer, Bahnhofstraße; Maderberg, Adolf Reich, Maderstr. 18.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg).

Der Aufsichtsrat, dessen Sitz wieder in Frankfurt a. M. ist, hat sich konstituiert. Er wählte als Vorsitzenden das Mitglied Emil Fleischmann, das Mitglied Fr. Behrmann zum Stellvertreter und die Mitglieder J. Behnius, G. Kretschmar und J. Bodsch zu Beisitzenden.

Die Adresse des Vorsitzenden des Aufsichtsrats ist: E. Fleischmann, Frankfurt a. M., Schmurgasse 58. J. A.: E. Fleischmann.

Arbeitslosigkeit im Monat Juli 1912.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterföhlung haben erhalten, and monthly statistics for 1912. Includes sub-tables for 'Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage' and 'Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingefandt'.



Anzeigen.

Aufkam. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, zuvor bei dem Bevollmächtigten...

Uffherleben. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich vorher im...

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau...

Breslau. Der dänische Arbeitsnachweis findet Stelle...

Darburg a. Elbe. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind verpflichtet...

Lübeck. Der dänische Arbeitsnachweis für das Folgewerke zu Lübeck befindet sich...

Lüneburg. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet...

Mannheim-Ludwigshafen. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich...

München i. U. Die nach Bayern ausreisenden Kollegen sind streng verpflichtet...

Stade. Die Arbeitsvermittlung erfolgt in der Herberge zur Heimat...

Wuppertal. Die ausreisenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen...

Wuppertal. Die ausreisenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen...

Anton Replich, Süßwasser, Buchn. 604 054, geb. 12. 1. 92 zu St. Andrä...

Alois Terschowitz, Buchn. 130 257, wird aufgefordert, seinen Aufenthalt...

Hugo Witz, Buchn. 130 257, wird aufgefordert, seinen Aufenthalt...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlreiche Kirchheim-Ged. Sonntag, den 25. August...

20 jähriges Stiftungs-Fest unter Mitwirkung des Arbeitergefangenenvereins...

Lüdge ältere Tischler finden sofort dauernde Beschäftigung.

2 tüchtige Tischler auf gute eichene Möbel stellt sofort ein.

4 tüchtige Tischlergesellen und 2 tüchtige Polierer sofort gesucht.

Stockerarbeiter 1 Kasper und 1 Fertigmacher.

Gebrüder Marshall, Mannheim Südd. Strohfabrik, Nr. 3, 13a.

Tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel stellen ein bei hohem Lohn...

Tüchtige Möbelschreiner für Natur-Möbeln sofort gesucht.

Heinrich Lohse, Möbel-Fabrik Naude bei Dortmund.

Tüchtige saubere Tischlergesellen sucht für dauernd Paul Stinner, Tischlerei mit Motorbetrieb...

Tischlergeselle auf furnierte Arbeit kann sofort eintreten bei Otto Häufen, Tischlerei mit elektr. Betrieb...

Hutformtischler für dauernd gesucht.

Jean Bergen Frankfurt a. M., Jordanstr. 74.

2 Maschinenschleifer oder Maschinenarbeiter verlangt sofort bei dauernder Beschäftigung...

Tüchtige, ältere, erfahrene Bantischler suchen Gebr. Behold, Döbeln i. S.

Tüchtige Tischler auf furnierte Arbeiten (Tische) sucht Möbel-Fabrik-Lugkutz bei Bad Muskau (Ob.-Laußitz).

3 tüchtige Ban- u. Möbelschleifer stellt sofort ein für dauernde Beschäftigung...

Tüchtige Abpuher u. Polierer, Weistischler sowie Zusammenseher finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei...

Ferdinand Thürmer Hofpianosortefabrik Meissen.

3-4 saubere Bantischler stellt noch sofort ein (Kost und Logis ausserm Hause)...

Gute Möbelschleifer für dauernde Beschäftigung gesucht.

12 tüchtige Möbelschreiner finden dauernde Beschäftigung.

2 tüchtige Betzer und Polierer, welche auch sauber abputzen verstehen, für dauernd zum sofortigen Eintritt gesucht.

2 Drechsler u. 1 Polierer auf Drechslerarbeiten finden dauernd gute Beschäftigung...

Im Polieren gut erfahrene Drechsler finden dauernde Stellung bei hohem Lohn...

Gesucht werden einige tüchtige Drechsler, welche die bereits auf Pinselfische gearbeitet haben...

Für sofort oder später wird ein tüchtiger Arbeiter gesucht, welcher mit samtlichen Arbeiten der Horngriff-Fabrikation...

Tüchtige Coal- u. Rinddrechsler stellen ein bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung...

Gesucht wird für eine ausländische Fabrik zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger Arbeiter...

Tüchtiger Holzdrechsler findet dauernde Beschäftigung bei F. Henning, Mechanische Drechslerei...

Geübte Hartgummidreher auf Büßfedernhalter-Reparaturen gesucht.

Einen Richter für Spazierstöcke zum sofortigen Antritt sucht Meißner Strohfabrik...

Goldbleiben. Rahmenbergolber sowie Richter und Bronzevollerer für Leisten sofort gesucht.

Tüchtiger Stellmacher, Lohn bis 27 Mk. pro Woche und auch ein jüngerer per sofort gesucht.

2 Korbmacher gesucht auf Reifeförbe und Wäschelörbe.

Sofort gesucht junger Korbmacher auf Reparatur bei gutem Lohn.

Jüngerer Korbmacher für geschlagene Arbeit auf dauernd für sofort gesucht.

2 Korbmacher auf Weiß- und Grün-geschlagen bei dauernder Arbeit gesucht.

Ordentlicher Korbmacher für dauernd und Winterarbeit auf Weißgeschlagen kann sofort eintreten.

Jüngeren Korbmachergehilfen auf Mattarbeit bei hohem Lohn stellt sofort ein.

1 oder 2 perfekte Gestellarbeiter zur Firma Kiepert, Färbergraben 26, gesucht.

Sauberen Pantoffelnagler, auch verheiratet, der mindestens 60 Paar pro Tag schafft...

Mehrere tüchtige Becker sowie ein tüchtiger Einzler auf starkbündliche Ware (Knebelzug) auf Afford bei tarifmäßigen Löhnen...

Consum-Verein u. Prod.-Genossenschaft für Schühelbe u. Umg. (Erzgebirge) e. G. m. b. H. (Abteilung: Bürstenfabrik).

Tischlerwerkzeuge, anerkannt fabriziert und hält auf Lager...

Gesucht für Fabrik neue Idee oder gute Erfindung, möglichst Holzwarenbranche...

Existenz für Tischler. Gutgehende Tischlerei u. Kistenbauerei in industriereicher Stadt...

Berlinermutterküche kauft gegen Sof. Kaffe Paul Goldschmidt, Hamburg 11.

Gebräuchl. Hobelbänke! Neu 210 cm lang 36 cm mit Goldspindel...

Mein lieber Freund. Interessierst Du Dich für amerik. Werkzeug-Neuheiten?

SEIT 20 JAHREN steht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen.

Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule Cöthen 3 in Anhalt.

Rechtsgewerbliche Tischlerschule Blankenburg, B. 2 Programm frei.

Deutschlands einzige mit Handelslohnanstalt verbundene Tischlerfachschule Ilmenau.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind meine wasser-echtes Peha-Matt, meine nach eigenem Ver-

Schellackpolituren und meine Holzbeizen, die sich besondere Farbenpracht auszeichnen...

neues Polierverfahren hat sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt!

Man erspart: Material, Zeit, Arbeit! Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend:

- 1 Fl. Peha-Matt, 1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.)
1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt, 1 Marmor-Mono (mahag.)
1 Patentpolitur zum Reinpulieren, 1 Bimsstein-Pol.-Pulv. (hellnuss)
1 allerr. Politur-Glanzlack (blond), 1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum Auskiten schadhafter Holzstellen)
1 Kristall-Lack (blond), 1 St.Kork-Schleifklotz (120x75x30mm)
1 Schleif- und Polieröl (gelblich)

Mein Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes (so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in II. revidierter und illustrierter Auflage erschienen...

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt!

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von Paul Horn. in der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Weislich, n. b. H. in Berlin. Druck: Borsachs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 62.